LOHNDRUCK UND UNGERECHTE VERTEILUNG

Die finanzielle Lage der Arbeitnehmenden in der Schweiz – Analyse und Handlungsmöglichkeiten

Autoren
Daniel Lampart, David Gallusser, Daniel Kopp

Mai 2013

Impressum

Herausgeber: SGB
Monbijoustrasse 61, 3007 Bern, info@sgb.ch, www.sgb.ch

Verlag: Editions à la Carte
Technoparkstrasse 1, 8005 Zürich, Schweiz, www.editions.ch

Umschlaggestaltung: Medienbüro Selezione
6853 Ligornetto, www.selezione.ch

Copyright by SGB

ISBN: 978-3-906159-03-4

Inhaltsverzeichnis

ZUSAMMENFASSUNG **5**

SYNTHÈSE **9**

Pression sur les salaires
et répartition injuste des revenus 9

LÖHNE **15**

Lohnschere in der Schweiz öffnet sich 15

Kader kassieren ab – Berufsleute gehen leer aus 17

Die Explosion der Managerlöhne 19

Tieflöhne in der Schweiz 21

Lehre bietet keinen Schutz vor Tieflöhnen 23

Niedriglöhne unten, Riesenvermögen oben 25

Geringerer Lohn trotz gleicher Arbeit 27

URSACHEN DER LOHNUNGLEICHHEIT **29**

Weshalb die Lohnungleichheit steigt 29

Gemeinsam stärker als allein 31

Niedriglöhne-Anstieg dank GAV-Mindestlöhnen 33

Knapp 50 Prozent durch GAV geschützt 35

Boni öffnen die Lohnschere 37

EINKOMMEN UND VERMÖGEN **39**

Immer mehr für die Allerreichsten 39

Immer schiefere Vermögensverteilung 41

Von wegen Chancengleichheit 43

STEUERN UND ABGABEN 45

Zunehmende Belastung I: Mieten 45

Zunehmende Belastung II: Krankenkassenprämien 47

Steuerpolitik im Dienst der Oberschicht 49

Prämien und Mieten binden Lohnerhöhungen 51

DER FINANZIELLE SPIELRAUM DER HAUSHALTE 53

Höhere Einkommen wegen mehr Zweitverdienern 53

Mieten belasten Haushaltsbudgets zunehmend 55

Armut trotz Erwerbstätigkeit 57

Was heisst es, arm zu sein? 59

Armutsgefährdet trotz Erwerbsarbeit 61

ARBEITSBEDINGUNGEN 63

Stress und Gesundheitsprobleme nehmen zu 63

Kaum eine Reduktion der Wochenarbeitszeit 65

Atypische Beschäftigung auf dem Vormarsch 67

Arbeitslosigkeit: Auch in der Schweiz ein Problem 69

LITERATURVERZEICHNIS 71

Lohndruck und ungerechte Verteilung

Die finanzielle Lage der Arbeitnehmenden in der Schweiz: Analyse und Handlungsmöglichkeiten

Die Schweiz ist so reich wie noch nie. Trotzdem leiden viele Erwerbstätige in der Schweiz unter Lohndruck. Ein Fünftel von ihnen wird sogar von ernsthaften Einkommenssorgen geplagt. Die Betroffenen kommen in Geldnot, wenn sie unvorhergesehen 2000 Franken für den Zahnarzt oder eine Autoreparatur ausgeben müssen. Doch nicht nur das Geld ist das Problem, sondern auch die stark gestiegene Belastung am Arbeitsplatz. Mittlerweile fühlt sich mehr als ein Drittel der ArbeiterInnen und Angestellten bei der Arbeit häufig oder sehr häufig gestresst. Die Schweizer Erwerbstätigen leiden im europäischen Vergleich besonders häufig unter Gesundheitsproblemen.

Die Lohnschere öffnet sich

Alle Erwerbstätigen haben zum höheren Wohlstand in der Schweiz beigetragen. Aber nur eine Minderheit profitiert davon. Die grossen Profiteure sind die Manager und Kader. Ihre Saläre sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Heute gibt es in der Schweiz 11‘586 Topverdiener mit einem Jahresgehalt von einer halben Million Franken und mehr. Das sind vier Mal mehr als im Jahr 1997. Auf der Verliererseite stehen die Berufsleute mit einer Lehre. Sie haben in ihren Betrieben viel geleistet. Doch auf dem Lohnkonto herrscht Flaute. Ihre Löhne sind von 2002 bis 2010 nach Abzug der Teuerung sogar leicht gesunken (Medianlohn).

Auch in der Schweiz ist die Lohnschere aufgegangen. In den 80er Jahren bewegte sich der Lohn der Direktoren von grösseren Schweizer Unternehmen noch in ähnlichem Rahmen wie derjenige der Bundesräte. Sie bezogen 6 bis 11 Mal mehr als die Arbeitnehmenden im Durchschnitt. Ab Mitte der 90er Jahre explodierten die Direktoren-Gehälter. Im Jahr 2011 lag das Salär in den grossen Börsenkonzernen (SMI und SMIM) bei durchschnittlich 4.77 Millionen Franken – normale Arbeitnehmende müssten dafür 66 Jahre arbeiten.

Die Ursache dieser Lohnexzesse sind vor allem die Bonuszahlungen. Die Manager wurden seit den 90er Jahren stärker an den Gewinnen und am Aktienkurs der Firma beteiligt, um die Firma im Interesse der Aktionäre zu führen. Sie sollten für die Aktionäre möglichst viel Gewinn machen, Eigenkapitalrenditen von bis zu 20 Prozent waren das Ziel. Gewinne und Aktienkurse schossen in die Höhe und damit auch die an sie gebundenen Managerboni. Im letzten Jahrzehnt legten aber auch die übrigen Kader zu. Das gilt für grosse Konzerne genauso wie für mittlere Betriebe oder für Unternehmen im öffentlichen Besitz. Die Auslagerung der Bundesbetriebe SBB und PTT erlaubte es, auch diesen Chefs Millionensaläre zu zahlen.

Am unteren Ende ist die Lohnverteilung nach wie vor prekär. 437‘200 Lohnabhängige müssen für einen Tieflohn arbeiten

(Stand 2010). Das sind 11.8 Prozent aller Arbeitnehmenden. Sie verdienen – auf eine Vollzeitstelle hochgerechnet – weniger als 4000 Franken im Monat (12 Monatslöhne). Viele sind auf Unterstützung angewiesen, etwa indem die Eltern oder Grosseltern einen finanziellen Zustupf an die Ausgaben leisten oder indem sie sogar zur Sozialhilfe gehen müssen. Und das obwohl sie voll erwerbstätig sind.

Besonders empörend ist, dass 144‘600 respektive ein Drittel dieser Tieflohn-ArbeiterInnen eine Lehre abgeschlossen hat. Offensichtlich garantiert auch eine drei- oder vierjährige Ausbildung keinen Schutz vor Dumpinglöhnen.

Viele solche Negativ-Beispiele gibt es in grossen Kleider- und Schuhgeschäften. Hier haben zwei Drittel der Erwerbstätigen mit weniger als 4000 Franken Lohn eine Lehre abgeschlossen. Den Besitzern der Läden geht es hingegen hervorragend. Sie besitzen nicht selten Milliardenvermögen.

Positiv ist immerhin, dass sich das Tieflohnproblem in der Schweiz im Unterschied zu anderen Ländern nicht weiter verschärft hat. Dank der Kampagne «keine Löhne unter 3000 Franken» der Gewerkschaften konnten beispielsweise die untersten Mindestlöhne im Gastgewerbe von 2350 Franken im Jahr 1998 auf heute 3400 Franken (13 Monatslöhne) angehoben werden.

Frauen haben 18 Prozent weniger Lohn als Männer. Ein Teil dieses Unterschieds lässt sich darauf zurückführen, dass die Frauen in den Firmen andere Arbeiten ausführen oder weniger häufig in leitenden Positionen sind. Doch selbst wenn man das berücksichtigt, verdienen Frauen bei gleicher Arbeit und Qualifikation über 400 Franken pro Monat weniger als die Männer. Diese Lohndiskriminierung der Frauen ist illegal. Dank starkem Druck der Gewerkschaften konnte sie in den letzten Jahren zwar verringert werden. Doch damit sie ganz verschwindet, braucht es griffigere Massnahmen.

Steuer- und Abgabenpolitik für die Oberschicht

Die Politik spielt eine entscheidende Rolle, wie viel Geld einer Familie oder einer Einzelperson unter dem Strich zum Leben bleibt. Denn auf den Lohn müssen Steuern und andere Abgaben bezahlt werden. Dabei begünstigte die Politik in den letzten Jahren eindeutig die Oberschicht. Die Einkommens- und Vermögenssteuern wurden gesenkt. Am stärksten profitiert haben Haushalte mit einem Millioneneinkommen. Sie zahlen heute rund 30‘000 Franken weniger Steuern als noch vor 10 Jahren.

Deutlich schlechter ist die Bilanz für die Haushalte mit einem tieferen oder mittleren Einkommen. Zwar wurden auch sie, soweit das bei einem tieferen Einkommen überhaupt möglich ist, steuerlich leicht entlastet. Doch gleichzeitig stiegen andere Abgaben wie Gebühren und indirekte Steuern. Die

Krankenkassenprämien schossen sogar richtiggehend in die Höhe. In den Jahren 2000 bis 2010 legten sie um mehr als 50 Prozent zu. Das Budget einer Normalverdiener-Familie wird dadurch mit 3600 Franken zusätzlich belastet (teuerungsbereinigt). Die Prämienexplosion hätte mit höheren Prämienverbilligungen oder mit höheren kantonalen Beiträgen an die Spitäler abgemildert werden können. Doch leider wurden die dafür nötigen Gelder mit Steuersenkungen verbrannt.

Auch die Mieten sind stärker gestiegen als die Löhne. Viele Familien in den Agglomerationen haben heute Mühe, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Es bräuchte eine Offensive im gemeinnützigen Wohnungsbau. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die öffentliche Hand und die Genossenschaften bauen weniger Wohnungen. Der Bund reduzierte seine Unterstützung für den gemeinnützigen Wohnbau massiv.

Die Einkommensbilanz nach Abgaben, Krankenkassenprämien und Mieten ist bedenklich: Einkommensstarke Familien hatten 2010 rund 15‘000 Franken pro Jahr mehr zum Leben (teuerungsbereinigt). Davon können mittlere und tiefe Einkommen nur träumen. Sie hätten es am nötigsten, haben aber nur ein kleines Plus, nämlich 2‘900 bzw. 1‘300 Franken mehr. Bei den Einpersonenhaushalten ist das verfügbare Einkommen sogar gesunken.

Massnahmen gegen die Lohn- und Einkommensschere

Die Analyse der Einkommensentwicklung ist erschreckend. Erfreulich ist aber: Wir können etwas dagegen tun. Bei der Steuer- und Abgabenpolitik wären Verbesserungen einfach. Die Steuersenkungen für Grossverdiener müssen rückgängig gemacht werden. Dafür braucht es etwas mehr öffentliche Gelder fürs Gesundheitswesen sowie höhere Krankenkassen-Prämienverbilligungen. Würden Bund, Kantone und Gemeinden mehr für den gemeinnützigen Wohnbau tun, wäre es einfacher, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Auch bei den Löhnen gibt es Handlungsspielraum. Dass die Globalisierung oder andere national nicht beeinflussbare Faktoren die Lohnschere geöffnet haben und wir nichts dagegen tun können, ist ein Märchen. Das gibt inzwischen sogar die OECD (2011) zu. Es kann zwar «Marktkräfte» geben, die zu einer ungleicheren Lohnverteilung führen. Das ist beispielsweise dann der Fall, wenn durch die Einführung von neuen Technologien (Computer u.a.) höher qualifizierte und besser bezahlte Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt gefragter sind und noch höhere Saläre verlangen können. Doch diese negativen Entwicklungen können national korrigiert werden. In den Ländern, in denen die Gewerkschaften sowie eine aktive Wirtschafts- und Sozialpolitik etwas gegen die aufgehende Lohnschere getan

haben, ist die Einkommensverteilung weniger ungleich.

Sehr wichtig sind aktive, gut organisierte Gewerkschaften. Denn ein weiteres, sehr wirksames Rezept gegen die Lohnschere ist eine gute Abdeckung mit Gesamtarbeitsverträgen und hohen Mindestlöhnen. Das hat die Gewerkschafts-Kampagne «Keine Löhne unter 3000 Franken» gezeigt. Die Mindestlöhne in den Gesamtarbeitsverträgen stiegen. Und es konnten neue Gesamtarbeitsverträge ausgehandelt werden. Es ist kein Zufall, dass die tiefen Löhne gerade in der Schweiz mit den mittleren Löhnen Schritt gehalten haben.

Eine drängende verteilungspolitische Frage ist die Beseitigung der Lohndiskriminierung der Frauen. Die Bundesverfassung sagt klar, dass Frauen und Männer für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn erhalten müssen. Die Lohndiskriminierung ist illegal. In den kommenden Jahren muss dieser Verfassungsgrundsatz durchgesetzt werden.

Ein weiteres, wirkungsvolles Rezept für eine gerechtere Lohnverteilung ist ein gut ausgebauter Arbeitnehmerschutz. Eine Arbeitslosenversicherung mit guten Leistungen stärkt den Erwerbstätigen den Rücken, wenn sie sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen wehren oder in Lohnverhandlungen stehen. Die Manager-Boni und die Bonus-Lohnsysteme müssen weg. Gerechtigkeit gibt es nur mit klassischen Lohnsystemen, die alle am höheren Wohlstand teilhaben lassen. Ebenfalls ausgleichend wirken staatliche Massnahmen, mit denen die Aus- und Weiterbildung der ArbeitnehmerInnen verbessert wird. Wichtig ist auch der Service public. Länder, die diesen privatisiert oder ausgelagert haben, leiden unter einer stärkeren Lohnschere.

Die Abdeckung mit Gesamtarbeitsverträgen ist in der Schweiz ungenügend. Das hängt mit den hohen gesetzlichen Hürden hierzulande zusammen. Gesamtarbeitsverträge mit Mindestlöhnen müssen öffentlich gefördert werden, wie das in anderen Ländern üblich ist. Es ist kein Zufall, dass die Sozialpartnerschaft in den meisten anderen Ländern in Europa entwickelter ist als in der Schweiz. Für Branchen ohne Gesamtarbeitsverträge braucht es einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde, damit alle Erwerbstätigen gegen Lohndruck geschützt sind.

Pression sur les salaires et répartition injuste des revenus

La situation financière des travailleurs et travailleuses en Suisse : analyse et interventions possibles

La Suisse n'a jamais été aussi riche. Et pourtant, les salaires de nombreuses personnes sont sous pression. Un cinquième d'entre elles ont même de sérieux soucis avec leurs revenus. Face à une dépense imprévue de 2 000 francs pour leur dentiste ou pour réparer leur auto, elles se retrouvent à court d'argent. Mais l'argent n'est pas le seul problème. L'augmentation très forte des contraintes au travail en est aussi un. Désormais, plus d'un tiers des travailleurs et travailleuses se sentent souvent ou très souvent stressés au travail. En comparaison européenne, les salarié(e)s suisses souffrent très fréquemment de problèmes de santé.

Élargissement de la fourchette des salaires

L'ensemble des salarié(e)s ont contribué à plus de bien-être dans notre pays. Mais seule une minorité en a profité. Les grands gagnants sont les managers et les cadres. Ces dernières années, leurs salaires ont considérablement augmenté. Aujourd'hui, la Suisse compte 11 586 personnes touchant un gros salaire, d'un demi-million de francs ou plus par an. C'est quatre fois plus qu'en 1997. Du côté des perdants, on trouve des professionnel(le)s titulaires d'un apprentissage. Ils ont beaucoup apporté à leurs entreprises. Mais, sur leurs comptes salaire, c'est le calme plat. Après déduction du renchérissement, leurs salaires ont même baissé entre 2002 et 2010 (salaire médian).

Notre fourchette des salaires s'est aussi élargie. Dans les années 1980, les salaires des directeurs des grandes entreprises suisses étaient comparables à ceux des conseillers fédéraux. Ils gagnaient 6 à 11 fois plus qu'un(e) travailleur ou travailleuse suisse moyen. Depuis le milieu des années 1990, leurs salaires ont explosé. En 2011, le salaire versé dans les grands groupes boursiers (SMI et SMIM) était d'environ 4,77 millions de francs ; un(e) travailleur ou travailleuse ordinaire aurait besoin de 66 ans pour arriver au même montant.

Principale cause de ces excès : le versement de bonus. Depuis les années 1990, les managers ont plus participé aux bénéfices et plus profité du cours des actions de leurs entreprises. Cela, pour qu'ils gèrent celles-ci dans l'intérêt des actionnaires, pour lesquels ils ont dû faire le plus possible de bénéfices. Le but était des rendements du capital propre allant jusqu'à 20 %. Les bénéfices et le cours des actions ont explosé et, partant, les bonus afférents des managers aussi. La dernière décennie cependant, les salaires des autres cadres ont également augmenté. Ce qui concerne autant les grands groupes que les entreprises de taille moyenne ou celles qui sont en mains publiques. L'exter-

nalisation d'entreprises de la Confédération, CFF et PTT, a aussi permis de verser à leurs chefs des salaires à hauteur de millions.

Tout au bas de l'échelle, la répartition des salaires est restée précaire. 437 200 salarié(e)s doivent travailler pour un bas salaire (état 2010), soit 11,8 % des travailleurs et travailleuses. Ils gagnent, en équivalent temps plein, moins de 4 000 francs par mois (12 mois). Beaucoup ont besoin d'être aidés. Par exemple, leurs parents ou grands-parents les soutiennent financièrement ou bien ils doivent se tourner vers l'aide sociale. Alors qu'ils travaillent à temps plein !

Il est particulièrement scandaleux qu'un tiers des personnes qui touchent un bas salaire soient titulaires d'un apprentissage. Manifestement, une formation de deux ou trois ans ne protège pas contre la sous-enchère salariale. On trouve de nombreux cas de ce genre dans les grands commerces de vêtements et de chaussures. Deux tiers des employé(e)s qui y gagnent moins de 4 000 francs ont fait un apprentissage. Par contre, les propriétaires de ces commerces se portent très bien. Il n'est pas rare que leur fortune se compte en milliards de francs.

Mais une chose est positive : à la différence d'autres pays, le problème des bas salaires ne s'est pas aggravé chez nous. Grâce à la campagne « Pas de salaires au-dessous de 3 000 francs ! » des syndicats, il a par exemple été possible de relever les salaires les plus bas de l'hôtellerie-restauration de 2 350 francs à 3 400 francs (13 mois) entre 1998 et aujourd'hui.

Les salaires des femmes sont inférieurs de 18 % à ceux des hommes. Pour une part, cette différence peut s'expliquer par le fait que les femmes effectuent d'autres travaux ou occupent moins souvent des positions supérieures dans les entreprises. Mais même si l'on en tient compte, elles gagnent plus de 400 francs de moins par mois que les hommes pour un travail égal et des qualifications égales. Cette discrimination est illégale. Grâce à la forte pression exercée par les syndicats, il a été possible de la réduire ces dernières années, mais pour qu'elle disparaisse totalement, des mesures plus efficaces s'imposent.

Une politique fiscale favorable aux couches supérieures

Les politiques jouent un rôle décisif lorsqu'il s'agit de savoir de combien d'argent une famille ou une personne dispose finalement pour vivre. Car il faut payer des impôts et des taxes sur les salaires. À cet égard, les politiques ont de toute évidence favorisé les couches supérieures ces dernières années. Les impôts sur le revenu et sur la fortune ont été baissés, ce dont les ménages avec un revenu de 1 million ont le plus profité. Aujourd'hui, ils paient environ 30 000 francs de moins d'impôts qu'il y a dix ans.

Le bilan des ménages à revenus plus bas ou moyens est nettement moins bon. Si leur charge fiscale a légèrement diminué, pour autant que cela soit possible pour un bas revenu, d'autres taxes ont parallèlement augmenté : émoluments, impôts indirects. Les primes d'assurance-maladie ont même carrément pris l'ascenseur. Cette dernière décennie, elles ont augmenté de plus de 50 %. Le budget d'une famille de salarié(e)s ordinaires se voit donc grevé de 3 600 francs supplémentaires (corrigé de l'inflation). Cette explosion aurait pu être atténuée avec des réductions de primes plus importantes ou des contributions cantonales aux hôpitaux plus élevées. Malheureusement, l'argent pour le faire a servi à compenser les baisses d'impôts.

Les loyers ont également augmenté plus fortement que les salaires. Nombre de familles dans les agglomérations ont de la peine à trouver un logement à loyer abordable. Il faudrait lancer une offensive pour la construction de logements d'utilité publique. Mais c'est le contraire qui se passe. Les pouvoirs publics et les coopératives construisent moins de logements et la Confédération réduit massivement son aide à la construction de logements d'utilité publique.

Une fois pris en compte les taxes, les primes d'assurance-maladie et les loyers, le bilan est inquiétant. Une famille à revenus élevés dispose, après dix ans, d'environ 15 000 francs de plus par an pour vivre (corrigé de l'inflation). Un rêve pour les bas et moyens revenus ! Or ils auraient plus que besoin d'une telle amélioration, mais n'ont bénéficié que d'un petit plus de 2 900, respectivement 1 300 francs. Et le revenu des ménages d'une personne a même diminué.

Mesures contre l'ouverture de la fourchette des salaires et des revenus

L'analyse de l'évolution des revenus est effrayante. Mais il est réjouissant de constater que nous sommes en mesure de faire quelque chose contre cela. Il serait facile d'améliorer la politique fiscale. Les baisses d'impôts destinées aux gros salaires doivent être annulées afin que la santé et le système de réduction des primes d'assurance-maladie reçoivent un peu plus de fonds publics. Si la Confédération, les cantons et les communes faisaient plus pour la construction de logements d'utilité publique, il serait plus aisé de trouver un logement abordable.

En matière de salaire aussi, il y a une certaine marge de manœuvre. Que la mondialisation ou d'autres facteurs non nationaux, sur lesquels il est impossible d'influer, aient élargi la fourchette des salaires et que nous ne puissions rien contre cela est une histoire à dormir debout. Même l'OCDE (2011) le reconnaît désormais. Il est vrai qu'il peut y avoir des « forces du marché » qui soient à l'origine d'une répartition plus inégalitaire des salaires. C'est par exemple le cas, lorsque suite à l'introduction de nouvelles technologies (ordinateurs...), le marché du

travail a plus besoin d'une main-d'œuvre plus qualifiée et mieux payée et qu'il est possible de demander des salaires encore plus élevés. Mais ces évolutions négatives peuvent être corrigées au plan national. Dans les pays où les syndicats et une politique économique et sociale active ont agi contre l'élargissement de la fourchette des salaires, la répartition des revenus est moins inégalitaire.

L'existence de syndicats actifs et bien organisés est très importante. Une autre recette efficace contre l'élargissement de la fourchette des salaires est une bonne couverture à l'aide de conventions collectives de travail (CCT) et des salaires minimums élevés. La campagne syndicale « Pas de salaires au-dessous de 3 000 francs ! » l'a bien montré. Les salaires minimums des CCT ont alors augmenté. Et il a été possible de négocier de nouvelles CCT. Ce n'est pas un hasard si les bas salaires ont évolué, précisément en Suisse, au même rythme que les salaires moyens.

Ce serait un grand progrès en matière de répartition des revenus si les femmes n'étaient plus discriminées. La Constitution fédérale stipule clairement que les femmes et les hommes doivent toucher un salaire égal pour un travail de valeur égale. Cette discrimination est donc illégale. Le principe constitutionnel doit s'imposer ces prochaines années.

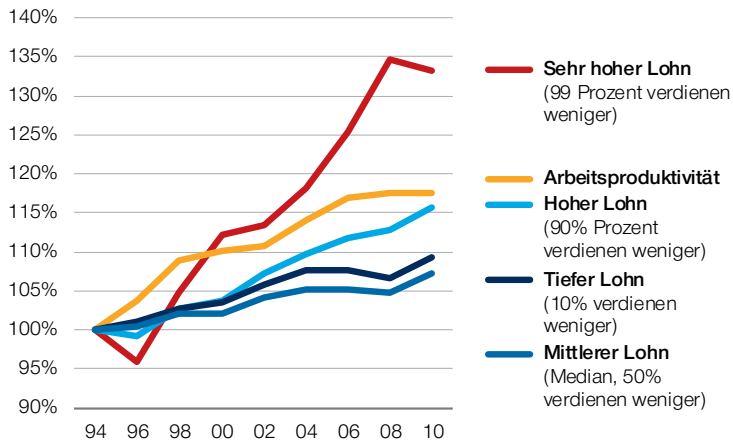
Une bonne protection des travailleurs et travailleuses est aussi une recette efficace pour une répartition plus juste des salaires. Avec une assurance-chômage qui sert des prestations de qualité, la position des salarié(e)s se trouve aussi renforcée quand ils s'opposent à des conditions de travail mauvaises ou lors des négociations salariales. Les bonus des managers et tous les systèmes salariaux avec bonus doivent disparaître. Il n'y a de justice qu'avec les systèmes classiques qui font participer tout le monde à l'accroissement du bien-être. Les mesures prises par l'État pour améliorer la formation de base et continue des travailleurs et travailleuses compensent, elles aussi, les inégalités sociales. De même, l'organisation des services publics est importante. Les pays qui les ont privatisés ou externalisés souffrent d'une fourchette des salaires encore plus large.

La couverture par CCT est insuffisante dans notre pays. C'est dû aux obstacles légaux difficiles à franchir qui sont posés. Les pouvoirs publics doivent encourager les CCT qui prévoient des salaires minimums. Comme c'est l'usage ailleurs. Ce n'est pas un hasard si le partenariat social de la plupart des pays européens est plus développé que le nôtre. Pour les branches sans CCT, il faut prévoir un salaire minimum légal de 22 francs de l'heure. Afin que l'ensemble des salarié(e)s soient protégés contre la forte pression qui s'exerce sur les salaires.

Die Topverdienenden hängen alle anderen ab

Preisbereinigtes Wachstum der Löhne nach Lohnklassen seit 1994. 1994 entspricht 100%.

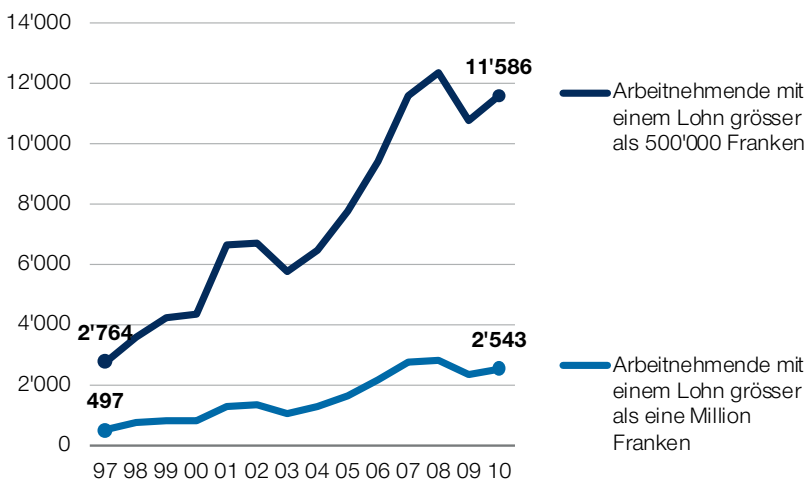
Lesebeispiel: Die sehr hohen Löhne sind seit 1994 von 100 auf 133 Prozent gestiegen, also um 33 Prozent.



Quelle: Lohnstrukturerhebung BFS.

Immer mehr Lohnmillionäre

Anzahl Arbeitnehmende in der Schweiz mit mehr als 500‘000 Franken bzw. einer Million Franken Jahreslohn.



Quelle: Statistik der AHV-Beitragszahler, BSV.

Lohnschere in der Schweiz öffnet sich

Seit Ende der 90er Jahre profitierten vor allem die Topverdienenden von höheren Löhnen. Die Mehrheit der Arbeitnehmenden musste sich hingegen mit bescheidenen Lohnerhöhungen begnügen.

Die Schweizer Arbeitnehmenden leisten immer mehr. Ihre Produktivität ist von 1994 bis 2010 um 18 Prozent gestiegen. Doch Leistung wird offensichtlich nicht mehr honoriert: Die Löhne der Mehrheit sind in der gleichen Zeit kaum gewachsen. Der mittlere Lohn stieg um 7 Prozent. Die Mehrheit der Löhne ist deutlich hinter die Produktivität zurückgefallen.

Kaum mehr Lohn für die Mehrheit

Arbeitnehmende mit mittlerem Lohn (Median)[1] verdienten 2010 im Monat 5‘979 Franken für eine Vollzeitstelle (40 Stunden pro Woche). Im Vergleich zu 2000 sind das nach Abzug der Teuerung bloss 5 Prozent mehr. Die tiefen Löhne konnten zwar dank Gewerkschafts-Kampagnen («Keine Löhne unter 3000 Franken») mit den mittleren Schritt halten. Grosse Sprünge machten aber auch sie nicht. Die untersten 10 Prozent verdienten 2010 mit 3‘953 Franken bloss 5 Prozent mehr als im Jahr 2000. Wirklich gelohnt haben sich die letzten 10 Jahre nur für das am besten verdienende Prozent aller Arbeitnehmenden. Sie erhöhten ihren Lohn um 19 Prozent auf 23‘372 Franken pro Monat.

Immer mehr Lohnmillionäre

Der Anstieg der sehr hohen Löhne spiegelt sich auch in der Zunahme der Arbeitnehmenden wider, die mehr als eine halbe, beziehungsweise mehr als eine Million Franken im Jahr beziehen. Die Zahl der «Lohnhalbmillionäre» hat sich beispielsweise zwischen 1997 und 2010 mehr als vervierfacht (2010: 11‘586). Beim «Abzockerproblem» handelt es sich damit nicht nur um prominente Einzelfälle wie Vasella & Co. Mittlerweile gibt es Tausende kleiner Vasellas, die ihr Gehalt auf Kosten der übrigen Beschäftigten stark erhöht haben. Es verwundert daher auch nicht, dass das bestbezahlte Prozent immer mehr vom Lohnkuchen erhält. Während diese Tops 1997 erst 6 Prozent der ganzen Lohnsumme bezogen, strichen sie 2010 bereits 8 Prozent aller Löhne ein.

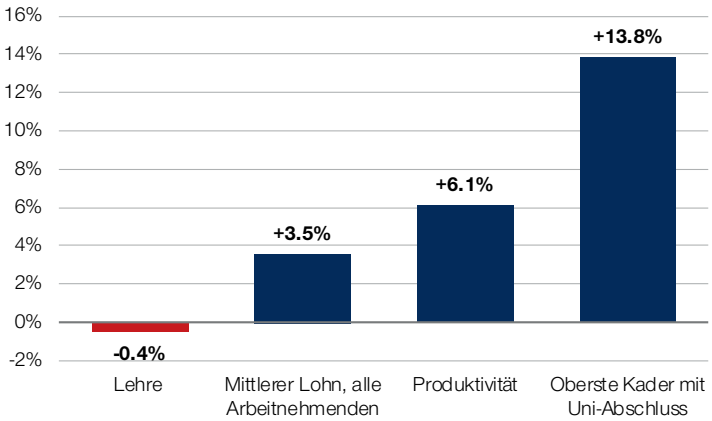
Trotz Krise grössere Lohnschere

Entgegen diesem Trend entwickelten sich die Löhne nur zwischen 2008 und 2010. Die sehr hohen Löhne sanken leicht, während die meisten übrigen Löhne um 2.5 Prozent zunahmen. Gründe dafür sind die guten allgemeinen Reallohnerhöhungen und die gleichzeitig wegen der Krise ausbleibenden Boni ganz oben. Trotz diesen ausgleichenden zwei Jahren: Die Lohnschere ist heute grösser als im Jahr 2000.

[1] Im Vergleich zum Median verdient die eine Hälfte aller Arbeitnehmenden weniger und die andere mehr.

Lohnrückgang bei Arbeitnehmenden mit Lehre

Wachstum des teuerungsbereinigten Bruttolohns verschiedener Arbeitnehmender (privater Sektor und Bund) sowie Produktivitätswachstum zwischen 2002 bis 2010.[1]

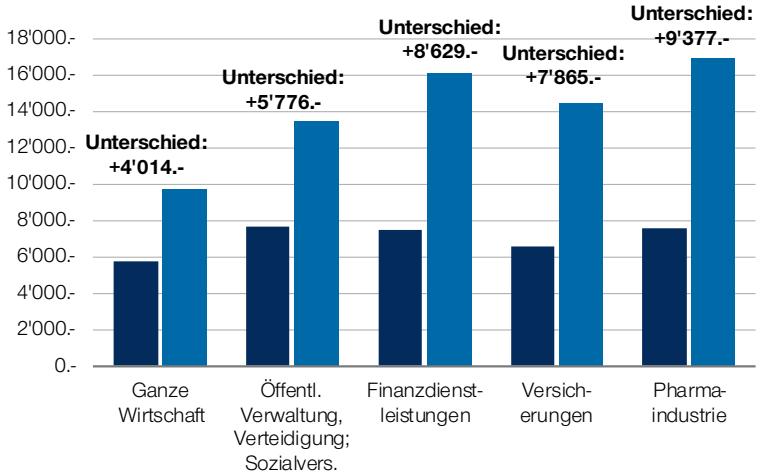


Quelle: BFS: Lohnstrukturerhebung; eigene Berechnungen

[1] Bei «Lehre» und «alle Arbeitnehmenden» jeweils Median. Für «oberste Kader mit Uniabschluss» 3. Quartil des «obersten, oberen und mittleren Kader» mit Uniabschluss.

Grosse Unterschiede zwischen Kadern und Arbeitnehmenden mit Lehre

Monatlicher Bruttolohn (Median) von Arbeitnehmenden mit Lehrabschluss (dunkelblaue Balken) sowie dem obersten, oberen und mittleren Kader (hellblaue Balken) in ausgewählten Branchen. Für 2010 in Franken.



Quelle: BFS: Lohnstrukturerhebung; eigene Berechnungen

Kader kassieren ab – Berufsleute gehen leer aus

Vom Wirtschaftswachstum seit der Jahrtausendwende haben vor allem die obersten Kader profitiert. Arbeitnehmende mit einem Lehrabschluss mussten dagegen Reallohn-Rückgänge in Kauf nehmen.

In der Schweiz stieg das reale Bruttoinlandprodukt pro Kopf von 2002 bis 2010 um 12 Prozent. Die Arbeitsproduktivität hat im gleichen Zeitraum um 6 Prozent zugelegt. Manche Angestellte fragen sich, wo die Wohlstandsgewinne geblieben sind.

Oberste Kader sahnen ab

Einerseits bei den Aktionären, die sich in der Zeit nach der Jahrtausendwende grosszügige Gewinnausschüttungen genehmigten. Doch auch einige wenige Lohnempfänger profitierten – in erster Linie diejenigen, die schon viel haben: beispielsweise das oberste Kader. Ihre Reallöhne stiegen in den acht Jahren zwischen 2002 und 2010 um 14 Prozent. Dagegen musste sich der Durchschnittsarbeitnehmer mit einem Reallohnanstieg deutlich unter dem Produktivitätswachstum bescheiden. Um lediglich 3.5 Prozent stieg der Reallohn (Median) in diesem Zeitraum.

Reallohnverlust bei Berufsleuten

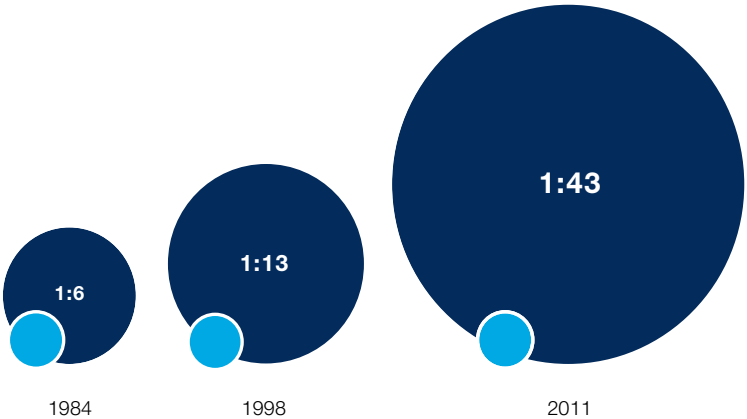
Doch noch schlimmer traf es Arbeitnehmende mit einer Lehre als höchstem Bildungsabschluss: Ihre Reallöhne nahmen zwischen 2002 und 2010 sogar um 0.4 Prozent ab. Der Lohn des untersten Viertels der Berufsleute (25-Prozent Perzentil) hat sogar um 0.8 Prozent abgenommen. Die vielgelobte Berufslehre gehört damit zu den Verlierern der letzten Jahre. Lag der mittlere Lohn von Personen mit Lehrabschluss im Jahr 2000 noch leicht über dem mittleren Lohn der ganzen Wirtschaft, betrug die Differenz im Jahr 2010 bereits 240 Franken – zu Ungunsten der Lehre.

4‘000 Franken Differenz

Arbeitnehmer des obersten, oberen und mittleren Kaders verdienten im Mittel (Median) im Jahr 2010 sogar 70 Prozent mehr als Arbeitnehmende mit Lehrabschluss – das macht immerhin 4‘000 Franken pro Monat. Am extremsten ist diese Kluft mit monatlich 9‘377 Franken in der Pharmabranche. Auch die Finanzdienstleister mit 8‘629 Franken und die Versicherungen mit 7‘865 Franken liegen deutlich über dem Durchschnittswert der gesamten Wirtschaft. In der öffentlichen Verwaltung liegt die Differenz zwischen dem mittleren Lohn der oberen und mittleren Kader und demjenigen der Berufsleute bei 5776 Franken.

Sehr viel mehr als NormalverdienerInnen

Der durchschnittliche CEO- bzw. Höchstlohn in grösseren Schweizer Unternehmen[1] im Verhältnis zum mittleren Lohn (Median) in der Schweiz.

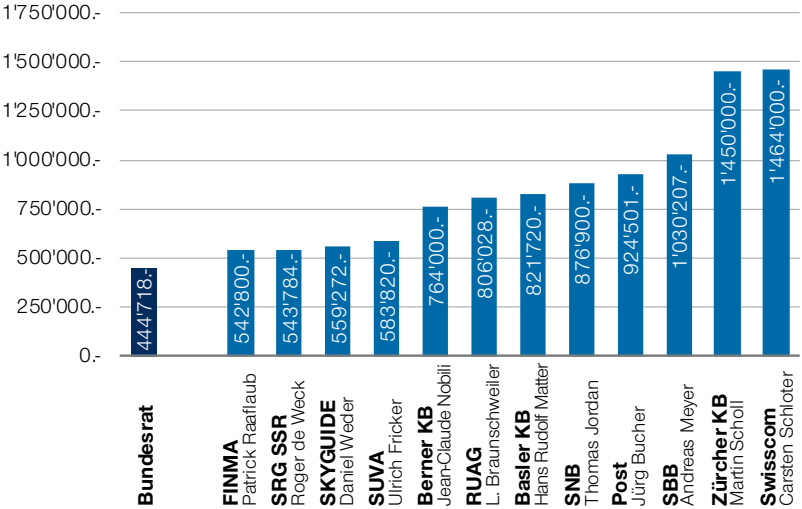


Quelle:
Gallusser, Marty und Vock (2013).

[1] 1984 und 1998 beziehen sich auf einen CEO in einem Referenzunternehmen mit 350 bis 900 Millionen Umsatz im Jahr 1990. 2011 basiert auf dem durchschnittlichen Höchstlohn in den SMIM-Konzernen.

Deutlich mehr als der Bundesrat

Jahreslohn 2011 in Franken (ohne Pensionskassenleistungen) von Geschäftsleitungs-Vorsitzenden grosser Unternehmen in öffentlichem Besitz. Angaben für Ruag aus dem Jahr 2010.



Quelle: Geschäftsberichte, Kaderlohnreporting des Bundes 2011.

Die Explosion der Managerlöhne

An der Spitze der wachsenden Lohnungleichheit stehen die Topmanager. Ihre Gehälter explodierten Ende der 1990er-Jahre förmlich. Auch die übrigen Kader beziehen immer höhere Löhne.

In den 80er Jahren wurden die Direktoren von grösseren Schweizer Unternehmen noch in ähnlichem Rahmen bezahlt wie Bundesräte. Sie bezogen 386'000 bis 692'000 Franken (zu heutigen Preisen) beziehungsweise 6 bis 11 Mal so viel wie der Durchschnitt der Arbeitnehmenden in der Schweiz. Ende der 90er Jahre explodierten ihre Gehälter plötzlich. Innert Kürze durchbrachen sie die Millionengrenze und liessen diese weit hinter sich. So betrug der durchschnittliche Höchstlohn in den grossen Börsenkonzernen (SMI und SMIM) 2011 durchschnittlich 4.77 Millionen Franken – normale Arbeitnehmende müssten dafür 66 Jahre arbeiten.

Boni und steigende Profite

Hinter dieser Explosion stehen vor allem die Bonuszahlungen. Die Manager wurden seit den 1990er Jahren stärker an den Gewinnen und am Aktienkurs der Firma beteiligt. Sie sollten im Interessen der Aktionäre Gewinne und Aktienwert (auch «Shareholder value» genannt) möglichst steigern. Die Manager haben in der Folge die Renditeziele nach oben geschraubt. Gewinne und Aktienkurse schossen in die Höhe und damit auch die an sie gebundenen Boni.

Filz und Manager-Macht

Mit der Zeit wurden die Bonusexzesse zum Selbstläufer. Hohe Boni gab es auch ohne hohe Gewinnzuwächse. Das hängt mit der Macht der Manager zusammen. Da sich ihnen an den Konzernspitzen niemand entgegenstellt, können sie ihre Gehälter weitgehend selbst festlegen. Sie rechtfertigen dies mit der Drohkulisse, dass es der Firma schlechter gehe, wenn sie ihre hohen Boni nicht mehr erhalten. Die Verwaltungsräte nicken deren Salär-Wünsche teilweise ab, weil sie mit ihnen persönlich verbandelt sind oder sich ihnen wegen Gefälligkeiten verpflichtet fühlen. Ausserdem erachten sie die exorbitanten Gehälter oft als standesgemäss oder stören sich nicht weiter daran, weil sie ihnen persönlich finanziell nicht schaden.

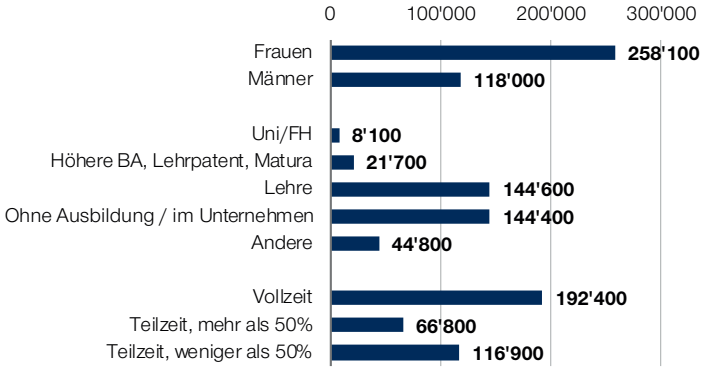
Auch übrige Kader nehmen sich mehr

Nicht nur die Bosse der grossen Schweizer Börsenunternehmen zahlen sich exorbitante Gehälter. Auch bei Unternehmen im öffentlichen Besitz stiegen die höchsten Löhne massiv. In praktisch allen Branchen profitierten in den letzten 10 Jahren zahlreiche weitere Kaderleute von ansehnlichen Lohnzuwächsen: Während der mittlere monatliche Lohn in der Schweiz zwischen 2000 und 2010 abzüglich Teuerung um bloss 291 Franken stieg, bezog das oberste Viertel der Kader mindestens 2'716 Franken mehr.[1]

[1] Zahlen nach der Lohnstrukturerhebung des BFS.

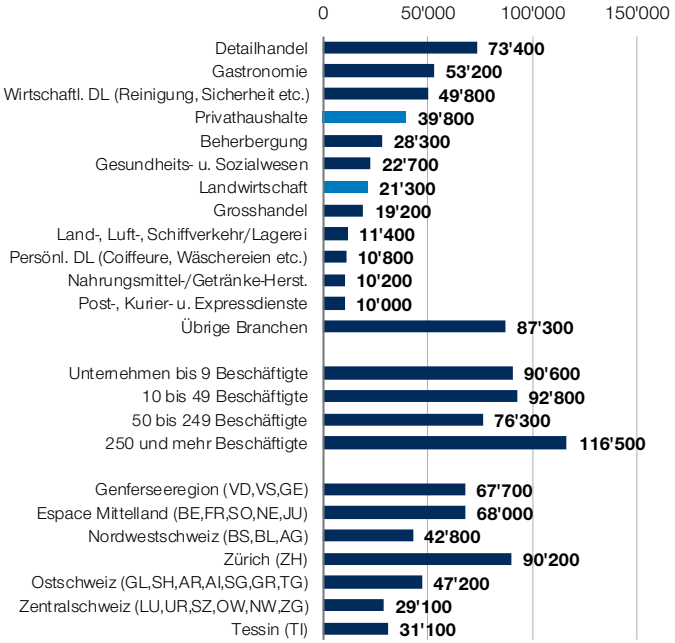
Viele Frauen mit Tieflöhnen

Anzahl Arbeitnehmende mit Tieflöhnen im Jahr 2010 nach Geschlecht, höchster Ausbildung und Beschäftigungsgrad.



Am meisten Tieflöhne im Detailhandel

Anzahl Arbeitnehmende mit Tieflöhnen im Jahr 2010 nach Branche, Unternehmensgrösse und Region.



Quelle: Die Daten stammen aus der Lohnstrukturerhebung des BFS, ausgewertet durch das Observatoire Universitaire d'Emploi an der Universität Genf. Ausnahmen sind die Angaben für die Privathaushalte und die Landwirtschaft, für welche nach der Methodik des SGB-Mindestlohnberichts (SGB 2011) geschätzt wurde.

Tieflöhne in der Schweiz

2010 arbeiteten 437‘200 oder 12 Prozent aller Arbeitnehmenden in Tieflohnjobs. Bei den Männer ist jeder sechzehnte, bei den Frauen sogar jede sechste betroffen. Von Tieflöhnen sind auch viele Arbeitnehmende mit Berufsbildung betroffen.

Nach internationaler Definition erhalten Arbeitnehmende einen Tieflohn, wenn sie weniger als zwei Drittel des mittleren Lohnes (Median) verdienen. 2010 entsprach das einem Bruttomonatslohn von 3‘986 Franken (bei einer 40-Stunden-Woche). Diese niedrigen Löhne reichen bei den meisten Betroffenen nur mit sehr grossen Einschränkungen zum Leben. Viele sind auf Unterstützung angewiesen. Etwa indem die Eltern oder Grosseltern einen finanziellen Beitrag an die Ausgaben leisten oder indem sie sogar Sozialhilfe beanspruchen müssen – obwohl sie voll erwerbstätig sind. Die Lohnstrukturerhebung des Bundesamts für Statistik zeigt, wo diese Löhne bezahlt werden und wer dafür arbeitet.

Verkauf, Landwirtschaft, Privathaushalte

Die meisten TieflöhnerInnen arbeiten im Detailhandel, im Gastgewerbe, in der Reinigung, Sicherheit oder anderen wirtschaftlichen Dienstleistungen sowie als Hausangestellte. Den höchsten Anteil an Beschäftigten mit Tieflöhnen gibt es bei Coiffeuren, in Wäschereien und bei weiteren persönlichen Dienstleistern sowie der Haus- und Landwirtschaft. Hier sind mehr als zwei Drittel der Arbeitnehmenden sehr bescheiden entlohnt. 160‘800 TieflöhnerInnen arbeiten in anderen als den genannten Branchen. Selbst bei den Banken und Versicherungen gibt es 3‘500 Beschäftigte mit Tieflöhnen.

Tieflohn trotz Lehre

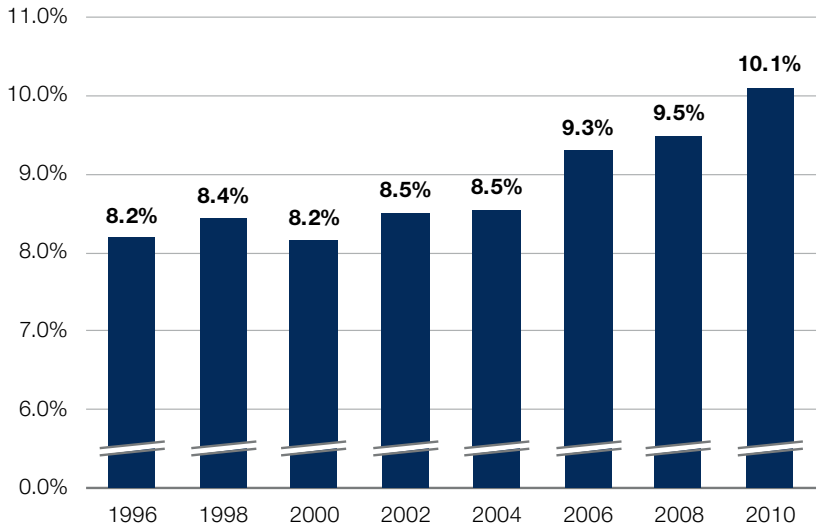
Obwohl die Hälfte der Arbeitnehmenden mit Tieflöhnen in Betrieben mit weniger als 50 Angestellten beschäftigt ist, sind niedrige Löhne auch in Grossunternehmen bittere Realität. So arbeiten 116‘500 TieflöhnerInnen in Betrieben mit mehr als 250 Beschäftigten. Ebenso ist die Wahrscheinlichkeit, einen Tieflohn zu beziehen, zwar kleiner, je höher die Ausbildung ist. So ist ein Drittel aller Arbeitnehmenden ohne Berufsbildung zu einem Tieflohn angestellt. Das bedeutet jedoch längst nicht, dass ein Bildungsabschluss vor einem Tieflohn schützt. 144‘600 Arbeitnehmende arbeiten nämlich trotz einem Lehrabschluss zu einem Tieflohn.

335‘400 profitieren vom Mindestlohn

Die SGB-Mindestlohne-Initiative fordert einen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde. Das sind im Monat 3‘802 Franken für eine Vollzeitstelle (bei einer 40-Stunden-Woche). Heute kriegen in der Schweiz 335‘400 oder 9 Prozent aller Arbeitnehmenden weniger. Dank dem Mindestlohn würden sie pro Stunde im Durchschnitt 3 Franken zusätzlich erhalten.

Lehre schützt vor Tieflohn nicht

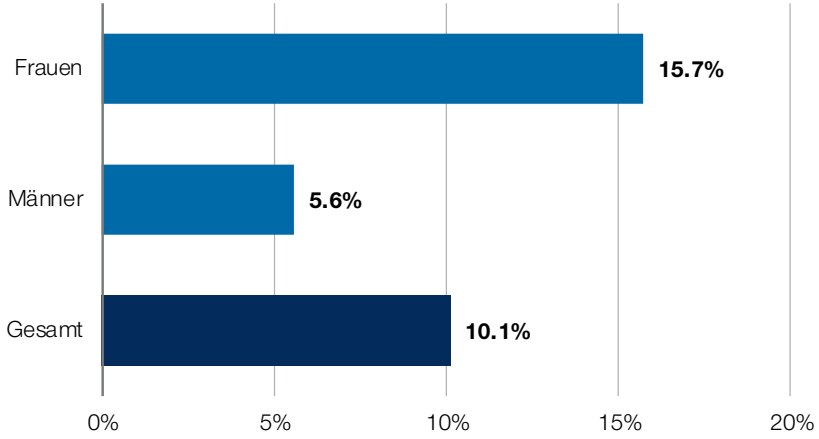
Anteil TieflöhnerInnen an allen Arbeitnehmenden mit Lehrabschluss (privater Sektor, 19-65-Jährige).



Quelle: Lohnstrukturerhebung BFS, Berechnungen: OUE, Universität Genf; eigene Berechnungen

Frauen besonders oft betroffen

Anteil der TieflöhnerInnen unter den Beschäftigten mit Lehrabschluss im Jahr 2010, aufgeschlüsselt nach dem Geschlecht (privater Sektor, 19-65-Jährige).



Quelle: Lohnstrukturerhebung BFS, Berechnungen: OUE, Universität Genf

Lehre bietet keinen Schutz vor Tieflöhnen

Einst galt: Wer eine Berufslehre macht, verdient genug für ein anständiges Leben. Heute ist dies anders: Unter den Tieflöhnern finden sich immer mehr Erwerbstätige mit Lehrabschluss. Besonders betroffen sind die Frauen.

Das Schweizer System der Berufslehre gilt als Erfolgsmodell. Dank der praxisnahen Ausbildung junger Fachkräfte in den Unternehmen gelingt die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt im internationalen Vergleich gut. Davon zeugt die relativ niedrige Jugendarbeitslosigkeitsquote. Doch die Attraktivität der Berufslehre hat in den letzten Jahren gelitten.

Tieflöhne trotz Lehrabschluss

Immer mehr Personen mit einem Lehrabschluss müssen zu einem Tieflohn arbeiten. Allein von 2000 bis 2010 stieg der Anteil Tieflöhne unter den Erwerbstätigen mit Lehre von 8.2 auf 10.1 Prozent. Im Jahr 2010 erhielten 144‘600 Personen mit Lehrabschluss einen Lohn, der unter der Tieflohnschwelle von 3986 Franken liegt (zwei Drittel des standardisierten monatlichen Brutto-Medianlohns). Rund 40 Prozent aller Tieflohnbezüger in der Schweiz haben heute einen Lehrabschluss. Offensichtlich garantiert auch eine drei- oder vierjährige Ausbildung keinen Schutz vor Dumpinglöhnen. Besonders viele Tieflöhner mit Lehrabschluss gab es 2010 im Detailhandel (37‘260 Arbeitnehmende), im Gastgewerbe (26‘177) und bei den Dienstleistungen für Unternehmen (Reinigung, Sicherheit, Callcenter, u.a.: 11‘370).

Frauen besonders betroffen

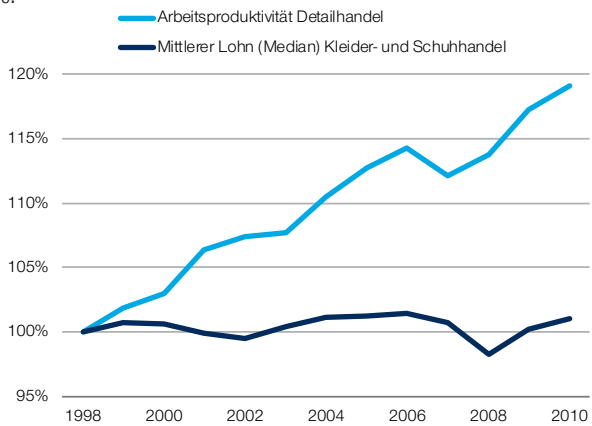
Differenziert man nach Geschlecht, so zeigt sich, dass Frauen mit Lehrabschluss deutlich häufiger zu einem Tieflohn arbeiten müssen als Männer. Bei den Männern sind es 5.6 Prozent, die für einen Lohn unter der Tieflohnschwelle arbeiten müssen. Bei den Frauen sind es mit 15.7 Prozent drei Mal so viel.

Auch volkswirtschaftliches Problem

Diese tiefen Löhne für Berufsleute sind nicht nur ein finanzielles Problem für die Betroffenen, sie sind auch volkswirtschaftlich falsch. 70 Prozent aller Beschäftigten der Schweiz haben eine Lehre absolviert. Sie bilden das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Sie glauben an das Versprechen, dass eine gute Ausbildung ein anständiges Leben garantiert. Wenn die Löhne dieser Personen nicht geschützt werden, verliert die Lehre an Attraktivität. Das ist nicht nur schlecht für die Betroffenen, sondern auch für die Schweizer Wirtschaft.

Löhne im Kleider- und Schuhhandel bleiben weit hinter der Produktivität zurück

Preisbereinigtes Lohnwachstum (Median) im Schuh- und Kleiderhandel (Privater Sektor) sowie (preisbereinigtes) Produktivitätswachstum im Detailhandel[1] seit 1998. 1998 entspricht 100%.



Quelle: Lohnstrukturerhebung BFS, Berechnungen: OUE, Universität Genf; Wertschöpfungsstatistik; eigene Berechnungen

[1] Daten zum Produktivitätswachstum sind nur für den gesamten Detailhandel verfügbar.

Niedriglöhne für die Mitarbeiter - Milliardenvermögen für die Chefs

Vermögensverhältnisse der Besitzer ausgewählter Schuh- und Kleiderfirmen: Während MitarbeiterInnen trotz Lehre nur tiefe Löhne erhalten, sitzen die Besitzer auf Milliardenvermögen.

	Besitzer (Privatperson/Unternehmen)	Vermögen der Besitzer	Quelle
Bata (Lausanne)	Familie Bata	3.5 Mrd. Franken	Bilanz
Dosenbach-Ochsner (Dietikon)	Familie Heinz-Horst Deichmann	4.1 Mrd. Dollar	Forbes
Navyboot-Gruppe/ Abteilung Schuhe (Zürich)	Familie Gaydoul-Schweri	1.25 Mrd. Franken	Bilanz
C&A Mode (Baar)	Cofra Holding AG/Fam. Brenninkmeijer	12.5 Mrd. Franken	Bilanz
Hennes & Mauritz (CH-Sitz: Genf)	Stefan Persson (und Familie) (besitzen 33% d. Unternehmens)	26 Mrd. Dollar	Forbes
Indietex (u.a. Zara)	Amancio Ortega (Gründer u. Mehrheitsaktionär)	37,5 Mrd. Dollar	Forbes
Mango	Isak Andic Ermay (Haupteigentümer)	4.8 Mrd. Dollar	Forbes
Tally Weijl (Basel)	Tally Elfassi-Weijl und Beat Grüring	150 Mio. Franken	Bilanz

Niedriglöhne unten, Riesenvermögen oben

Im Kleider- und Schuhhandel zeigt sich exemplarisch, wie sich milliardenschwere Eigentümer auf Kosten der Mitarbeitenden bereichern, wenn ihnen keine gesetzlichen oder sozialpartnerschaftlichen Leitplanken gesetzt werden.

Stundenlanges Stehen, immer freundlich sein, Regal ein- und ausräumen, Feierabend erst nach 19 Uhr: Der Schuh- und Kleiderverkauf verlangt den Arbeitnehmenden viel ab.

Nur 3‘500 Franken trotz Lehre

Zumindest die Entlöhnung sollte deshalb stimmen – möchte man meinen. Doch dem ist nicht so: In einigen Schweizer Kleider- und Schuhgeschäften verdienen VerkäuferInnen bloss 3500 Franken trotz dreijähriger Lehre. Insgesamt 32 Prozent der Arbeitnehmenden im Kleider- und Schuhhandel bekommen einen Lohn unter der Tieflohnschwelle von 3986 Franken pro Monat. 10 Prozent verdienen für eine Vollzeitstelle gar weniger als 3400 Franken (Daten für 2010; Lohnstrukturerhebung BFS, Berechnungen: OUE, Universität Genf).

Lohnstopp trotz Produktivitätsgewinn

Dabei läuft es gut für die Unternehmen: Die Arbeitsproduktivität im Detailhandel hat von 1998 bis 2010 preisbereinigt um 19 Prozent zugelegt. Zahlen zur Entwicklung des Umsatzes in der Schuh- und Kleiderbranche weisen sogar auf ein noch stärkeres Produktivitätswachstum hin.[1]

Doch die Reallöhne haben sich kaum bewegt: Gerade mal um 1 Prozent stieg der mittlere Reallohn (Median) im Schuh- und Kleiderhandel zwischen 1998 und 2010. Doch wenn die Beschäftigten von der guten Geschäftsentwicklung nicht profitiert haben, wer dann?

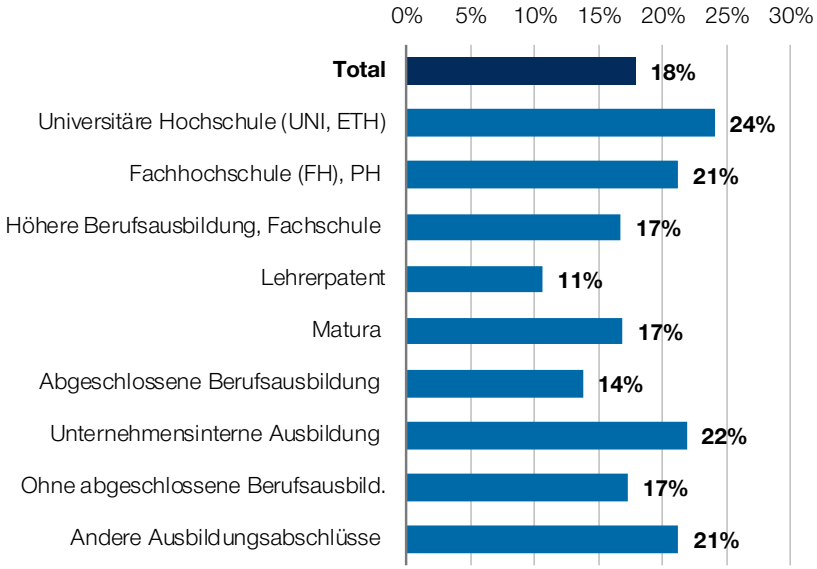
Milliardenvermögen bei Eigentümern

Der Blick auf die Vermögensverhältnisse der Eigentümer von Kleider- und Schuhläden erübrigt jede weitere Frage: Familie Bata hat ein Vermögen von 3.5 Milliarden Franken, Familie Deichmann, Besitzer von Dosenbach-Ochsner, besitzt 4.1 Milliarden Dollar, und Familie Brenninkmeijer, Besitzer von C&A, hat 12.5 Milliarden Franken angehäuft. Die Liste liesse sich beliebig erweitern. Neben den Milliardenvermögen weisen die Besitzer der Schuh- und Kleidergeschäfte noch eine andere Gemeinsamkeit auf: Sie weigern sich fast ausnahmslos, Gesamtarbeitsverträge mit den Gewerkschaften abzuschliessen. Stattdessen ziehen sie es vor, ihr ohnehin schon riesiges Vermögen auf Kosten der Angestellten weiter zu vermehren.

[1] Im Schuhhandel hat der Umsatz pro Vollzeitäquivalent zwischen 2001 und 2010 preisbereinigt um 15.5 Prozent zugenommen. Im Kleiderhandel gar um 27 Prozent (Mehrwertsteuerstatistik; Betriebszählung; BESTA; eigene Berechnungen).

Frauen verdienen fast 20 Prozent weniger als Männer

Lohnunterschied zw. Frauen und Männern (gemessen im Verhältnis zum monatlichen medianen Bruttolohn der Männer) nach Bildungsabschluss, 2010, privater und öffentlicher Sektor.



Quelle: Bundesamt für Statistik, Schweizerische Lohnstrukturerhebung

Rund 40 Prozent des Lohnunterschieds ist nicht erklärbar

Anteil des erklär- bzw. nicht-erklärbaren Unterschieds im Bruttolohn zwischen Männern und Frauen berechnet am Medianlohnunterschied 2010 (privater Sektor).

	in Franken	in %
Nicht erklärbarer Lohnunterschied	443.07	39%
Erklärbarer Lohnunterschied	695.93	61%

Quelle: BASS 2010: 66; eigene Berechnungen

Geringerer Lohn trotz gleicher Arbeit

Weiterhin bestehen massive Lohndifferenzen zwischen den Geschlechtern: Frauen bekommen durchschnittlich knapp 20 Prozent weniger Lohn wie Männer. 40 Prozent dieser Differenz ist nicht durch objektive Faktoren erklärbar.

Der Unterschied ist frappant: Während der mittlere Lohn eines Mannes im Jahr 2010 6‘394 Franken betrug, verdienten Frauen 1‘141 Franken weniger. Der prozentuale Lohnunterschied der Frauen zu den Männern (gemessen am Bruttolohn der Männer) beträgt damit 18 Prozent (privater Sektor und Bund).

Nicht-erklärbare Differenz: 443 Franken

Rund 60 Prozent der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sind darauf zurückzuführen, dass die Frauen in den Firmen andere Arbeiten ausführen, weniger Arbeitserfahrung aufweisen oder eine andere Stellung innehaben. So sind Männer z.B. öfter in Führungspositionen als Frauen. Doch selbst wenn man diese Unterschiede berücksichtigt, bleibt eine Differenz zwischen den Männer- und Frauenlöhnen von knapp 40 Prozent (BASS 2010: 66). Frauen verdienen damit bei gleicher Arbeit und Qualifikation durchschnittlich 443 Franken pro Monat weniger als die Männer (berechnet am Medianlohn). Bei Personen mit Universitätsabschluss sind es gar mehr als 1‘000 Franken.

Weitere Massnahmen erforderlich

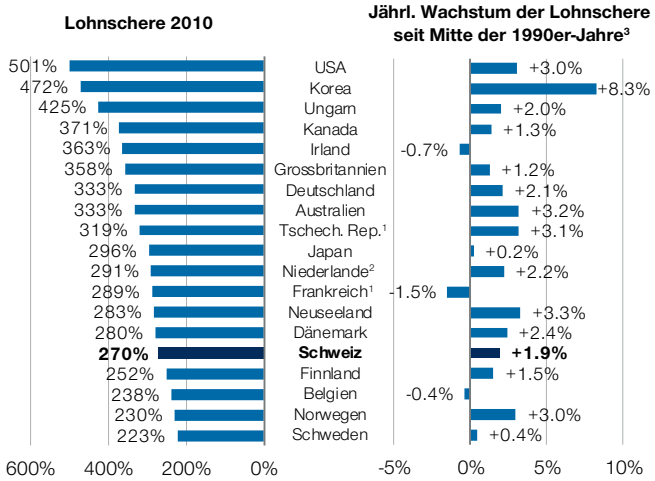
Diese Lohndiskriminierung der Frauen ist illegal. Dank starkem Druck der Gewerkschaften konnte sie in den letzten Jahren zwar verringert werden. Damit sie ganz verschwindet, braucht es aber weitere Massnahmen. Der Bund hat den so genannten «Lohngleichheitsdialog» eingerichtet. Hier können die Firmen auf freiwilliger Basis ihre Löhne auf Diskriminierung überprüfen lassen und allfällige Lohnunterschiede zusammen mit den Sozialpartnern abbauen. Die Zahl der Firmen, die bisher mitmacht, ist aber noch viel zu tief.

Frauen selten in leitender Position

Die tatsächliche Diskriminierung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt wird mit diesen Zahlen unterschätzt. Denn auch die Tatsache, dass Frauen weniger Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten haben, ist eine Form von Diskriminierung. Berücksichtigt werden muss zudem, dass es für Frauen deutlich schwieriger ist als für Männer in eine höhere berufliche Position zu gelangen. Dies zeigt sich z.B. am Anteil der Arbeitnehmenden in Leitungsfunktionen: Bei den Frauen betrug der entsprechende Wert im Jahr 2011 24 Prozent, bei Männern lag er mit über 42 Prozent fast doppelt so hoch. Seit Mitte der 90er Jahre haben sich diese Anteile praktisch nicht verschoben (BFS: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung).

Die Lohnschere öffnet sich

Die Lohnschere (Verhältnis der Löhne des 9. und des 1. Dezils) und das durchschnittliche jährliche Wachstum der Lohnschere in verschiedenen OECD-Ländern seit Mitte der 90er-Jahre.



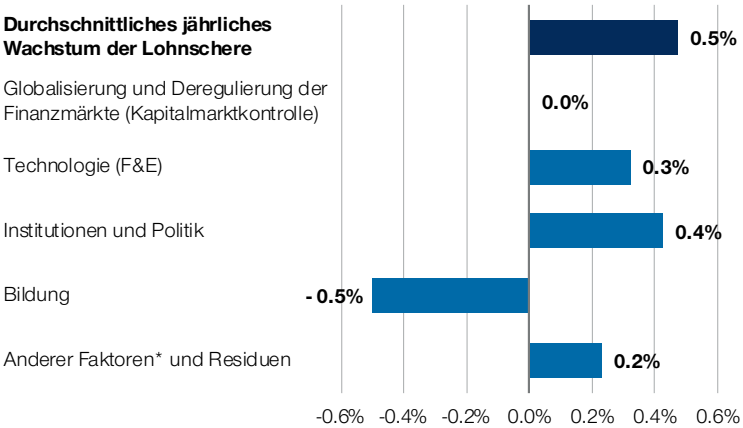
¹ Lohnschere für 2009 ² Lohnschere für 2005 ³ Je nach Daten-Verfügbarkeit seit 1994, 1996 oder 1997

Quelle: Eigene Berechnung mit Daten der OECD (2013)

Institutionen und Politik öffnen die Lohnschere

Das jährliche Wachstum der durchschnittlichen Lohnschere der OECD-Länder (Verhältnis der Löhne des 9. und des 1. Dezils) seit Ende der 80er Jahre und die Faktoren, die zu diesem Wachstum beigetragen haben.

Lesebeispiel: Wegen dem technischen Wandel öffnete sich die Lohnschere im Durchschnitt jährlich um 0.3 Prozent, während sie wegen verstärkter Bildungsmassnahmen um 0.5 Prozent geschlossen wurde.



*Umfasst unter anderem die veränderte Beschäftigungsstruktur und die höhere Frauenerwerbstätigkeit.

Quelle: OECD (2011, Seite 122)

Weshalb die Lohnungleichheit steigt

Die Lohnschere hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten in fast allen entwickelten Volkswirtschaften geöffnet. Verantwortlich für die Entwicklung ist die Schwächung von Arbeitsmarkt-Institutionen, welche die Löhne der grossen Mehrheit bisher schützen.

Die Löhne der bestbezahlten 10 Prozent (Grenze 9. Dezil) sind seit Anfang der 90er Jahren in vielen entwickelten Ländern stärker gewachsen als die Löhne der am schlechtesten bezahlten 10 Prozent (Grenze 1. Dezil). Die so berechnete Lohnschere öffnete sich am stärksten in Südkorea, Neuseeland und Australien. Die Schweiz bewegt sich im Mittelfeld. Hierzulande wuchs die Lohnschere um knapp 2 Prozent pro Jahr. Zuletzt verdienten die obersten 10 Prozent mindestens 2.7 Mal mehr als die untersten 10 Prozent. Damit bewegt sich die Schweiz mit ihrer Lohnungleichheit mittlerweile im OECD-Durchschnitt.

Der technische Wandel...

Die OECD hat in ihrer Studie «Divided We Stand» untersucht, wie die höhere Lohnungleichheit zustande kam. Sie kommt zum Schluss, dass die Globalisierung keinen messbaren Einfluss hatte. Der technische Wandel (z.B. Computer und Automatisierung) dagegen hat in einigen Ländern dazu geführt, dass die Löhne von besser ausgebildeten Arbeitnehmenden stärker wuchsen als von schlechter ausgebildeten, wodurch sich die Schere öffnete.

...wird mit Bildung aufgefangen

Der Effekt des technischen Wandels wurde allerdings im Durchschnitt über alle OECD-Länder durch bessere Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmenden mehr als kompensiert. Je erfolgreicher das Bildungssystem eines Landes die Beschäftigten auf die veränderten Anforderungen vorbereitete, desto eher konnte das Angebot an besser ausgebildeten Arbeitskräften mit der Nachfrage mithalten.

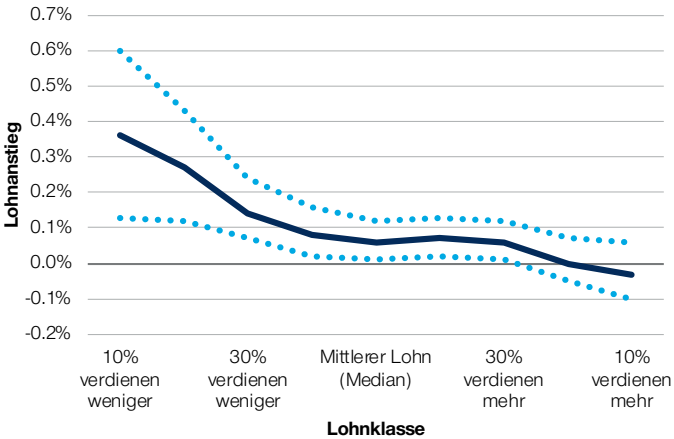
Institutionen sind verantwortlich

Getrieben wurde die Ungleichheit durch den Abbau von Arbeitsmarkt-Regulierungen. Eingeführt zur Stärkung der Arbeitnehmer-Position in Lohnverhandlungen, wurden diese Arbeitsmarkt-Institutionen in den letzten Jahren in den meisten Ländern durch die Politik systematisch geschwächt. So wurden beispielsweise Mindestlöhne gekürzt, der Kündigungsschutz gelockert und Arbeitslosenversicherungen abgebaut. Das zwang die Arbeitnehmenden, tiefere Löhne zu akzeptieren. Zudem verloren die Gewerkschaften Mitglieder, und Lohnverhandlungen werden heute weniger häufig kollektiv geführt. Das machte es einfacher, die Löhne zu drücken. Schliesslich werden immer mehr Boni bezahlt, von welchen hauptsächlich die bestbezahlten Arbeitnehmenden profitieren.

Stärkere Gewerkschaften führen zu höheren Löhnen

Die dunkelblaue Linie zeigt für die Schweiz den geschätzten Anstieg der Löhne nach Lohnklassen bei einer Zunahme des gewerkschaftlichen Organisationsgrades um 1 Prozentpunkt. (Als Organisationsgrad gilt der Anteil Gewerkschaftsmitglieder an den Arbeitnehmenden).

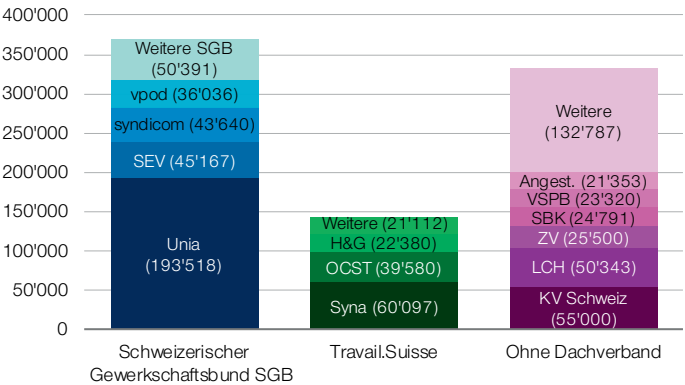
Lesebeispiel: Nimmt der Organisationsgrad um 1 Prozentpunkt zu, steigt der Lohn der 10 Prozent der Arbeitnehmenden mit den tiefsten Löhnen um 0.37 Prozent.



Quelle:
Fournier und Koske (2012, Seite 25)

845‘000 Gewerkschaftsmitglieder in der Schweiz

Anzahl Gewerkschaftsmitglieder in der Schweiz im Jahr 2011, nach Gewerkschaft und Dachverband.



Quelle:
SGB-Mitgliederstatistik

Abkürzungen: SEV: Gewerkschaft des Verkehrspersonals; vpod: Verband des Personals Oeffentlicher Dienste; H&G: Hotel&Gastro-Union, OCST: Christlichsoziale Organisation Tessin; LCH: Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer; ZV: Zentralverband des Staats- und Gemeindepersonals der Schweiz; SBK: Schweizer Berufsverband der Krankenschwestern und Krankenpfleger; VSPB: Verband Schweiz. Polizeibeamter; Angest: Angestellte Schweiz.

Gemeinsam stärker als allein

Es ist ziemlich einfach: Je stärker die Gewerkschaften in einem Land, desto besser die Löhne der grossen Mehrheit. Die Schwächung der Gewerkschaften in den letzten 30 Jahren hat die Lohnungleichheit verstärkt.

Organisieren sich Arbeitnehmende in Gewerkschaften, vertreten sie ihre Interessen nicht mehr alleine, sondern nehmen sie gemeinsam wahr. Die Arbeitgeber haben so Mühe, die Beschäftigten einzuschüchtern oder gegeneinander auszuspielen. Das stärkt die Arbeitnehmenden. Höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen können einfacher durchgesetzt werden. Gewerkschaften sorgen nicht nur für Lohnerhöhungen, sondern auch dafür, dass die Löhne in einer Firma gerechter verteilt werden.

Wie Gewerkschaften Löhne erhöhen

Den Zusammenhang zwischen Gewerkschaften einerseits und höheren bzw. gleicheren Löhnen andererseits belegen Statistiken deutlich. Zum Beispiel für die Schweiz. Forscher der OECD rechnen vor, dass eine Erhöhung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades (Anteil Gewerkschaftsmitglieder an Arbeitnehmenden) um 1 Prozentpunkt zu einem Lohnanstieg von rund 0.4 Prozent bei den untersten Löhnen führt. Auch bei den Löhnen in der Mitte führen stärkere Gewerkschaften zu mehr Geld auf dem Lohnkonto.

Gewerkschaften schwächen Abzocker

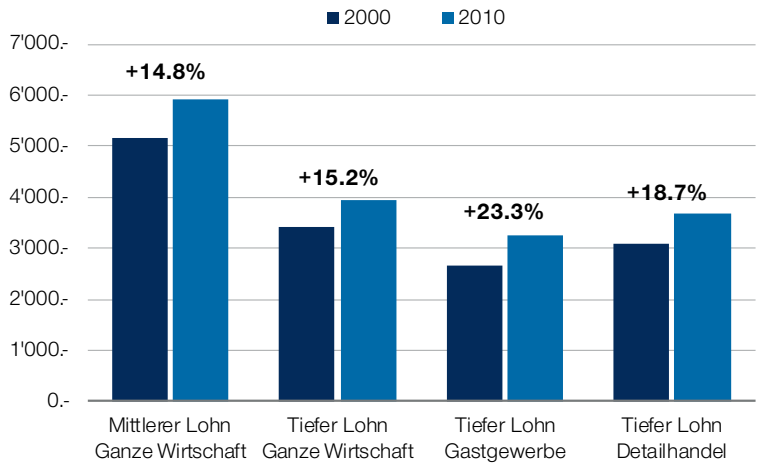
Bei den obersten 10 Prozent führen mehr Gewerkschaftsmitglieder dagegen eher zu sinkenden Löhnen. In den USA zeigt sich zudem, dass die Topmanager weniger abzocken, je mehr GewerkschafterInnen in einem Betrieb arbeiten. Der Grund: Gewerkschaften vertreten die Interessen aller Arbeitnehmenden und verhindern, dass sich nur ein paar wenige auf Kosten von allen anderen am Lohnkuchen bedienen.

Der Angriff auf die Gewerkschaften

Es ist nicht verwunderlich, dass in Ländern mit starken Gewerkschaften die Lohnungleichheit tiefer ist. Die OECD zeigt, dass für jeden Prozentpunkt Organisationsgrad die Lohnschere zwischen dem obersten und untersten Zehntel aller Arbeitnehmenden um 0.4 Prozent sinkt. Die rückläufigen Mitgliederzahlen vieler Gewerkschaften in den entwickelten Ländern haben deshalb zur Lohnungleichheit beigetragen. Ein besonders erschreckendes Beispiel sind die USA. Hier wurden die Gewerkschaften von den Republikanern politisch bekämpft. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad hat sich seit 1980 halbiert, während sich die Lohnschere um 30 Prozent geöffnet hat.

Unterste Löhne haben leicht aufgeholt

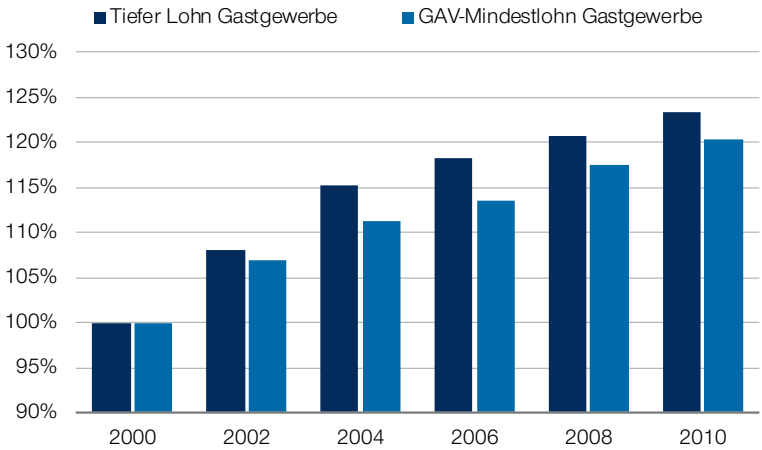
Entwicklung der tiefen (10. Perzentil; d.h. 10 Prozent verdienen weniger) und mittleren Löhne (Median; d.h. 50 Prozent verdienen weniger) in ausgewählten Branchen und der gesamten Wirtschaft. Gezeigt werden Brutto-Monatslöhne bei einer 40-Stunden-Woche.



Quelle: BFS: Lohnstrukturerhebung

Wachstum der untersten Löhne dank Mindestlöhnen in GAV

Anstieg eines tiefen Lohns (10. Perzentil; d.h. 10 Prozent verdienen weniger) sowie des GAV-Mindestlohns im Gastgewerbe. 2000 entspricht 100 Prozent.



Quelle: BFS: LSE; Erhebung über die gesamtarbeitsvertraglichen Lohnabschlüsse, eigene Berechnungen

Niedriglöhne-Anstieg dank GAV-Mindestlöhnen

Die Lücke zwischen dem Lohn von Geringverdienern und dem Medianlohn vergrösserte sich seit der Jahrtausendwende nicht. Ein Grund waren die gewerkschaftlichen Anstrengungen für höhere Mindestlöhne in GAV.

Die Lücke zwischen den 10 Prozent Arbeitnehmenden am unteren Ende der Lohnskala und den Durchschnittsverdienern hat sich seit der Jahrtausendwende nicht vergrössert sondern sogar leicht verringert. Während der Medianlohn des privaten Sektors zwischen 2000 und 2010 um 14.8 Prozent stieg, wuchs der Lohn des 10. Perzentils um 15.2 Prozent.

Wachstum der untersten Löhne

In vielen Niedriglohnbranchen stiegen die Löhne der Geringverdiener sogar noch stärker. Im Gastgewerbe gar um 23.3 Prozent – das sind ganze 8 Prozentpunkte mehr als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Allerdings ist das Lohnniveau auch im Gastgewerbe weiterhin so tief, dass viele Arbeitnehmende Mühe haben über die Runden zu kommen. Davon zeugen über 40 Prozent Beschäftigte, die unter der Tieflohnschwelle von 3‘986 Franken liegen.

Anstieg dank Mindestlöhnen

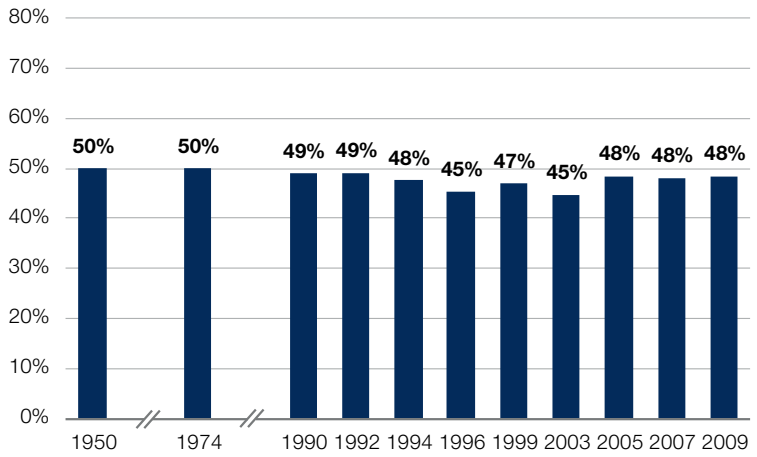
Das leicht überdurchschnittliche Wachstum im Niedriglohnbereich ist jedoch kein Selbstläufer, sondern massgeblich auf den gewerkschaftlichen Kampf für höhere GAV-Mindestlöhne zurückzuführen. Mit der Kampagne «Keine Löhne unter 3‘000 Franken» erreichten die Gewerkschaften eine deutliche Anhebung der Mindestlöhne in GAV. Diese erhöhten sich zwischen 2000 und 2010 um durchschnittlich 19.6 Prozent. Die Mindestlöhne in den GAV des Detailhandels wurden um 22.5 Prozent erhöht, derjenige im Landes-GAV des Gastgewerbes um 20.4 Prozent. Der überproportionale Anstieg des Mindestlohns im Gastgewerbe ist besonders bedeutsam, weil der GAV des Gastgewerbes deutlich über 90 Prozent der Beschäftigten abdeckt. Es ist somit kein Zufall, dass der Lohnanstieg des untersten Dezils im Gastgewerbe im Vergleich zu anderen Branchen besonders ausgeprägt war.

Handlungsbedarf weiterhin gegeben

Der Anstieg der GAV-Mindestlöhne im Detailhandel ist zwar erfreulich, allerdings profitieren nicht alle Detailhandelsangestellten davon: Nur etwas über 40 Prozent von ihnen sind einem GAV unterstellt. Auch deshalb stieg der Lohn des untersten Dezils im Detailhandel weniger stark als im Gastgewerbe. Weil es auch in anderen Branchen (Gartenbau, Seilbahnen, Kuriere, Call-Center, Journalismus) grosse Lücken im GAV-Netz gibt, ist die finanzielle Lage vieler Beschäftigten jedoch weiterhin prekär.

Stagnierende GAV Abdeckung

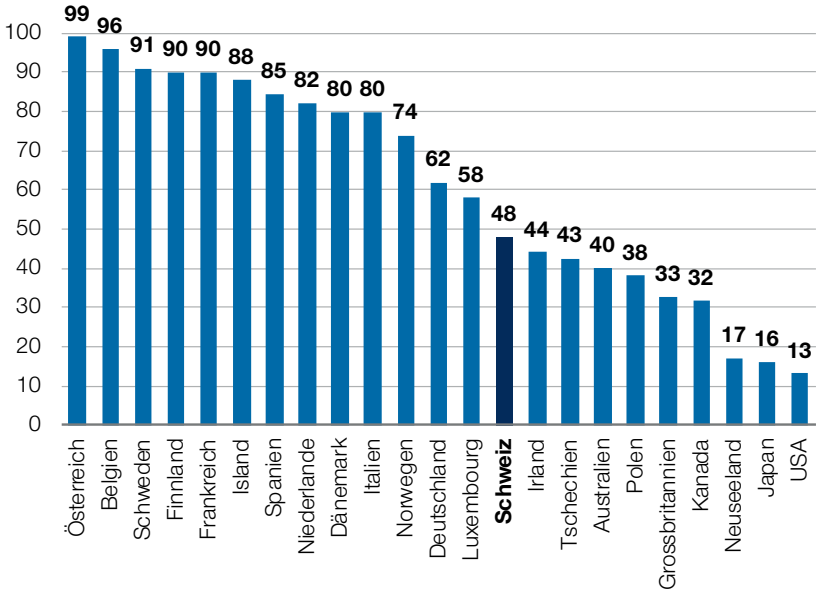
Entwicklung des GAV-Abdeckungsgrades in der Schweiz.



Quelle: Rieger (2009): 107; SGB-Mindestlohnbericht 2011; eigene Berechnungen SGB

Geringer GAV Abdeckungsgrad im internationalen Vergleich

GAV-Abdeckungsgrad in Prozent, Daten von 2008-2010.



Quelle: Visser (2011): ICTWSS-Database

Knapp 50 Prozent durch GAV geschützt

Die Behauptung, in der Schweiz funktioniere die Sozialpartnerschaft einwandfrei, ist falsch: Die Hälfte der Arbeitnehmenden ist durch keinen Gesamtarbeitsvertrag geschützt, nur 40 Prozent geniessen einen Mindestlohnschutz.

Gesamtarbeitsverträge (GAV) beinhalten von den Sozialpartnern ausgehandelte Regelungen der Löhne und Arbeitsbedingungen und garantieren den Arbeitnehmenden ein branchen- und berufsübliches Mindestmass an sozialer und arbeitsrechtlicher Sicherheit.

GAV fördern Qualitäts-Wettbewerb

In zahlreichen Branchen regeln sie auch die Aus- und Weiterbildung. GAV gewährleisten, dass die Konkurrenz zwischen den Unternehmen über die beste Qualität und nicht über die schlechtesten Arbeitsbedingungen stattfindet. Sie fördern Ziele, die für eine moderne Volkswirtschaft selbstverständlich sein sollten.

Arbeitgeberwiderstand gegen GAV

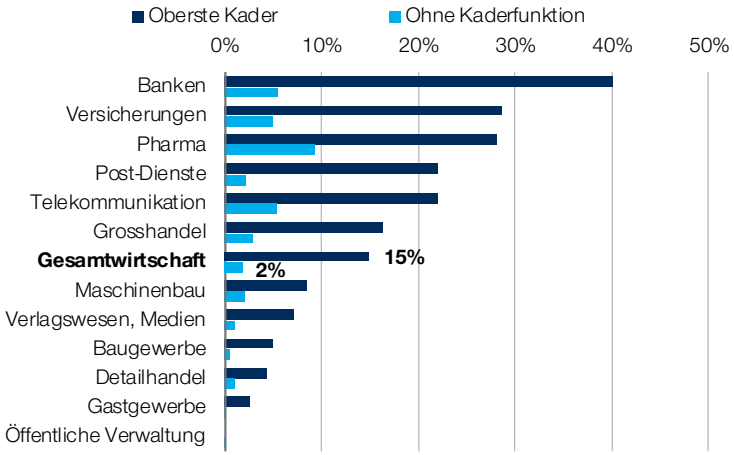
Und doch gibt es in vielen Branchen Arbeitgeber, die sich vehement gegen GAV einsetzen. So haben die Deutschschweizer Verleger 2004 den GAV gekündigt, weshalb seither selbst JournalistInnen in grossen Medienhäusern wie Ringier oder TA-Media keinen GAV mehr haben. Der Schweizerische Schuhhändlerverband informierte seine Mitglieder gar per Newsletter, dass man sich gegen einen Gesamtarbeitsvertrag im Schuhdetailhandel stark mache (Vgl. SSV-News 5/2012: 2). Eine ähnliche Haltung trifft man bei Arbeitgebern im Kleider- oder Detailhandel an. Neben dem expliziten Widerstand von Arbeitgeberverbänden gibt es zudem Branchen, in denen die Arbeitgeber gar nicht organisiert sind. Darum können dort keine GAV abgeschlossen werden. Ein Beispiel sind Angestellte in Privathaushalten. Aber auch in neuen, wachsenden Dienstleistungssektoren (wie bei Callcentern, Fitnessstudios und Kosmetikinstituten) bestehen oft keine Arbeitgeberverbände, die als Vertragspartner für GAV in Frage kämen.

CH: Geringer Abdeckungsgrad

Seit 1950 lag der GAV-Abdeckungsgrad in der Schweiz nie über 50 Prozent. Nach einem Einbruch in den 90er Jahren hat er sich mit aktuell ca. 49 Prozent wieder etwas erholt. Dies ist im internationalen Vergleich jedoch immer noch gering. Unsere Nachbarländer und die nordischen Staaten haben einen deutlich höheren Abdeckungsgrad – z.T. über 90 Prozent. Einer der Gründe ist, dass GAV dort staatlich gefördert werden. Zum Beispiel durch Allgemeinverbindlichkeitserklärung oder andere staatliche Vorschriften (GAV-Verhandlungszwang, Organisationszwang für Arbeitgeber, usw.). Andere Staaten mit niedrigem Abdeckungsgrad (Irland, Grossbritannien, Japan, USA) haben zumindest gesetzliche Mindestlöhne.

Von Boni profitieren hauptsächlich die Chefs

Durchschnittliche Bonuszahlung im Verhältnis zum gesamten Lohn für die obersten Kader und die Beschäftigten ohne Kaderfunktion für ausgewählte Branchen im Jahr 2010.

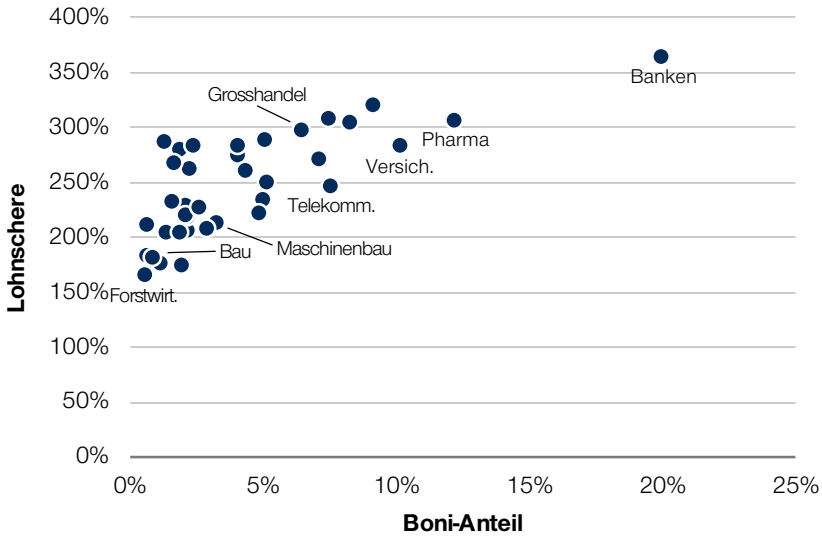


Quelle: Lohnstrukturerhebung BFS

Je mehr Boni, desto höher die Lohnschere

Die Grafik zeigt für die Branchen in der Schweiz den Boni-Anteil an allen Löhnen gegenüber der Lohnschere (Verhältnis der Löhne des 9. und des 1. Dezils).

Lesebeispiel: In der Pharma-Industrie werden 12 Prozent der Löhne als Boni ausbezahlt. Die hohen Löhne (9. Dezil) sind 307% höher als die tiefen Löhne (1. Dezil).



Quelle: Lohnstrukturerhebung BFS

Boni öffnen die Lohnschere

Die Vergütung von Kadern erfolgt immer stärker durch Bonuszahlungen. Das hat massgeblich dazu beigetragen, dass sich die Lohnschere in der Schweiz öffnete – und vom gemeinsam erwirtschafteten Reichtum nur wenige profitierten.

Seit Ende der 90er Jahre werden in der Schweiz immer mehr Boni bezahlt. Während sie 1996 noch 1.6 Prozent aller ausbezahlten Löhne ausmachten, ist ihr Anteil bis 2010 auf 5 Prozent gestiegen. Allerdings erhalten längst nicht alle Arbeitnehmenden Boni – und vor allem nicht in gleichem Ausmass. Hauptsächlich die obersten Kader profitieren davon. 2010 erhielten diese durchschnittlich 15 Prozent ihres Lohnes als Bonus ausbezahlt. In einzelnen Branchen sind es sogar noch mehr. Bei den Banken erhalten die Manager beispielsweise rund 40 Prozent als variable Vergütungen.

Von schädlichen Anreizen...

Die Zunahme der Boni ist ein Problem. Allzu oft verleiten sie die Chefs dazu, kurzfristige Gewinne statt längerfristige Stabilität anzustreben. Unverantwortliche Risiken werden genauso gefördert wie betrügerisches Verhalten. Bestes Beispiel sind Bankenmanager, die mit überzogenen Rendite-Zielen ihre Bonuszahlungen in die Höhe trieben und damit beinahe ganze Volkswirtschaften in den Abgrund stürzten. Boni gefährden aber auch im Kleinen. Das wurde spätestens mit den Coop-Chefmetzgern klar, die 2011 Fleisch nach Verfallsdatum weiterverkauften – um mehr Bonus zu erhalten.[1]

...und angeblicher Leistung

Den grössten Schaden richten Boni bei der grossen Mehrheit der Beschäftigten an. Mit variablen Vergütungen werden die Kader für den Erfolg ganzer Abteilungen und Unternehmen belohnt. Das gaukelt vor, dass erfolgreiches Wirtschaften einzig auf die Entscheide der Chefs zurückgeht. Eine absurde Vorstellung. Kein Manager würde allein auch nur einen Franken Umsatz erzielen. Boni ermöglichen es einigen wenigen Gutverdienern, sich auf Kosten der Arbeit aller anderen zu bereichern.

Mehr Boni, mehr Ungleichheit

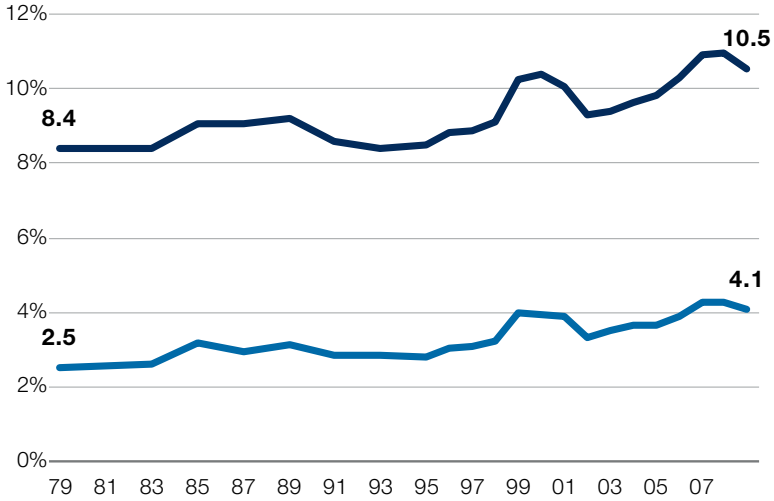
Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass der vermehrte Einsatz von variablen Vergütungen die Ungleichheit erhöht. Untersuchungen für die USA zeigen, dass die Boni die dort drastisch gestiegene Lohnungleichheit fast vollkommen erklären.[2] Auch die Lohnentwicklung in der Schweiz, bei der vor allem die Kader profitierten und die grosse Mehrheit abgehängt wurde, geht zu einem wesentlichen Teil auf die Boni zurück. Heute gilt, dass die Schere zwischen tiefen und hohen Löhnen umso grösser ist, je mehr Boni in einer Branche bezahlt werden.

[1] Vgl. « Kassensturz » des SRF vom 8. November 2011.

[2] Vgl. Lemieux, MacLeod und Parent (2009)

Das oberste Prozent legt zu

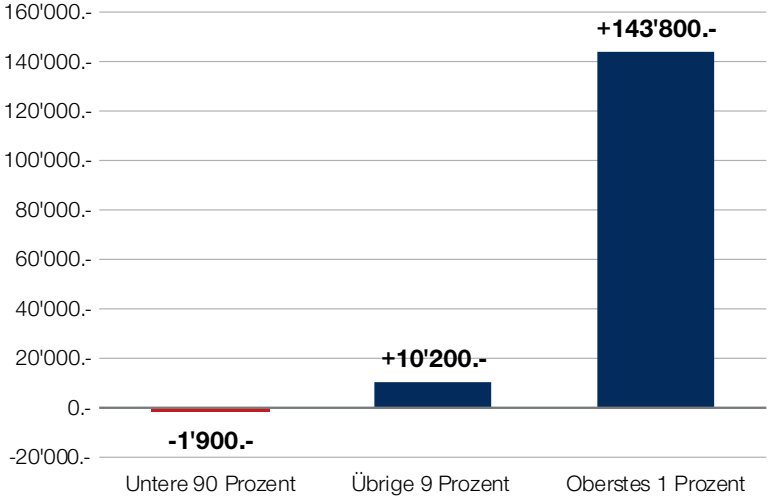
Prozent-Anteil des obersten 1 bzw. der obersten 0.1 Prozent an allen Einkommen in der Schweiz, 1979 bis 2008.



Quelle: Alvaredo et al. 2013, Föllmi/Martinez 2012

Oben mehr – unten weniger

Veränderung des jährlichen Durchschnittseinkommens der unteren 90, der obersten 1 und übrigen 9 Prozent aller Steuerpflichtigen zwischen 1995 und 2009, in Franken zu Preisen von 2010.



Quelle: Alvaredo et al. 2013

Immer mehr für die Allerreichsten

Seite Mitte der 90er Jahre steigen vor allem die Einkommen des obersten Prozents. Verantwortlich für diese Entwicklung sind die Lohnschere und die steigenden Vermögenseinkommen der Reichsten.

Auch wenn man die Verteilung aller Einkommen (d.h. Löhne, Selbständigen-Einkommen, Renten und Kapitaleinkommen) betrachtet, bestätigt sich das Bild einer zunehmend ungleichen Schweiz. Seit Mitte der 90er Jahre sind nämlich die Einkommen des einkommensstärksten Prozents wesentlich deutlicher gestiegen als die der grossen Mehrheit. Im Jahr 2009 – dem letzten Jahr, für welches Zahlen vorliegen – hatte das oberste Prozent durchschnittlich 143‘800 Franken mehr Jahreseinkommen als 1995. Von einem solch stolzen Zuwachs konnte die grosse Mehrheit nur träumen: Die Einkommen der unteren 90 Prozent aller SchweizerInnen sanken im gleichen Zeitraum um 1‘900 Franken.

Mehr vom Kuchen für wenige

Diese ungleiche Entwicklung führt dazu, dass die Oberschicht stetig mehr vom gesamten Einkommenskuchen erhält. Entfielen 1979 noch 8.4 Prozent aller Einkommen auf das oberste Prozent, waren es 2009 bereits 10.5 Prozent. Die obersten 0.1 Prozent – das sind rund 4‘600 Steuerpflichtige – steigerten ihren Einkommensanteil in der gleichen Zeit um mehr als die Hälfte von 2.5 auf 4.1 Prozent.

Historisch und international hoch

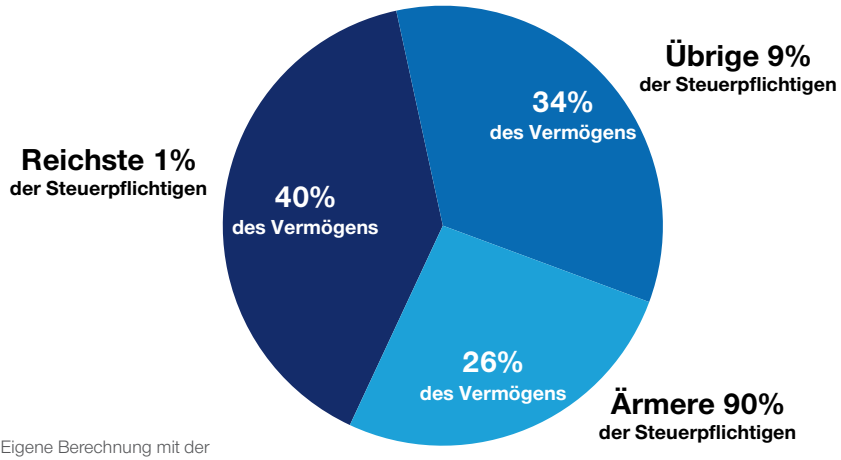
Die Einkommenskonzentration in der Schweiz war im letzten Jahrhundert nur einmal, kurz vor dem zweiten Weltkrieg, grösser. Zuvor und danach waren die Einkommen lange Zeit gleicher verteilt. Auch international sticht die Schweiz mit dem heutigen Niveau hervor. In Europa gehört die Schweiz mittlerweile zu den ungleichsten Ländern. Unter allen entwickelten Industrieländern ist die Ungleichheit bloss in den USA, Kanada und Grossbritannien höher als in der Schweiz (vgl. Alvaredo et al. 2013).

Toplöhne und Vermögenseinkommen

Hauptverantwortlich für die grössere Konzentration der Einkommen sind die Löhne der TopverdienerInnen. Die weit überdurchschnittlich steigenden Gehälter bei Topmanagern, weiteren Kadern und einzelnen Beschäftigten bei Banken und Versicherungen sind aber nicht die einzigen Treiber der Ungleichheit. Auch die grossen Vermögen sind dafür verantwortlich. Die vermögendsten SchweizerInnen konnten in den letzten Jahren nämlich von den stetig steigenden Gewinnausschüttungen der Unternehmen profitieren, die grösstenteils in ihre Taschen flossen.

Grossteil des Kuchens in den Händen weniger

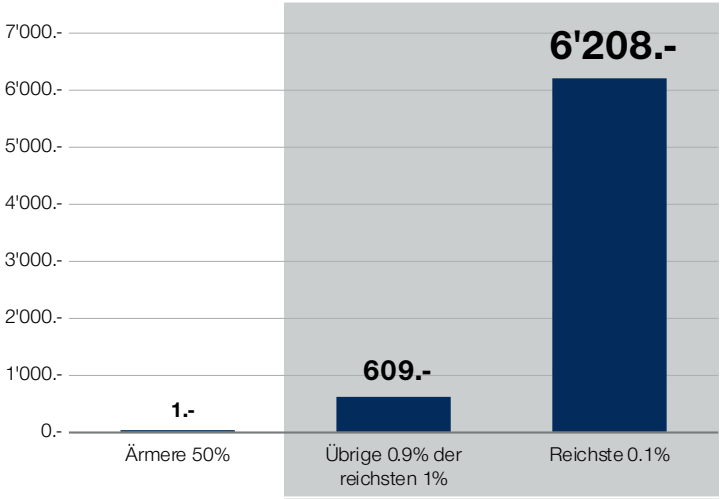
Verteilung der steuerbaren privaten Reinvermögen auf die ärmsten 90, die reichsten 1 und übrigen 9 Prozent aller Steuerpflichtigen in der Schweiz im Jahr 2009.



Quelle: Eigene Berechnung mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Siehe Verteilungsbericht 2012 für eine Besprechung der Methode.

Sehr viel für wenige, kaum was für viele

Geschätzte tägliche Vermögenseinkommen der Steuerpflichtigen in der Schweiz im Jahr 2009. Dargestellt werden die Daten der ärmeren Hälfte der Steuerpflichtigen, der reichsten 0,1 Prozent sowie der übrigen 0,9 Prozent des reichten Prozents.



Quelle: Eigene Berechnung mit Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Siehe Verteilungsbericht 2012 für eine Besprechung der Methode.

Immer schiefere Vermögensverteilung

Im letzten Jahrzehnt haben sich die Vermögensverhältnisse in der Schweiz noch weiter konzentriert. 1997 besassen 3 Prozent der Bevölkerung die Hälfte des Vermögens. 2009 waren es nur noch 2 Prozent.

Die Schweiz gehört mit ihrer Vermögensverteilung – knapp nach den USA – zu den ungleichsten Ländern der Welt.[1] 2009 besass das reichste Prozent der Bevölkerung 40 Prozent aller steuerbaren Vermögen in der Schweiz und damit mehr als die «ärmeren» 90 Prozent zusammen. Die Vermögen sind damit noch ungleicher verteilt als Ende der 90er Jahre. Damals waren erst 35 Prozent im Besitz der Reichsten.

Mehr Manager unter den reichsten 300

Die Einkommen der reichsten SchweizerInnen, die viel stärker gewachsen sind als die Einkommen der grossen Mehrheit, sind verantwortlich für die grössere Vermögensungleichheit. Das erlaubte es einigen wenigen, noch mehr Reichtum anzuhäufen. Das gilt zunächst für die TopverdienerInnen. Dank ihren üppigen Gehältern konnten sie teilweise riesige Vermögen äufnen. Es erstaunt daher auch nicht, dass das Wirtschaftsmagazin Bilanz bereits 16 Manager – darunter Daniel Vasella, Brady Dougan oder Josef Ackermann – in ihrem Ranking der 300 Reichsten führt und ihnen jeweils ein Vermögen von mindestens 150 Millionen Franken zuschreibt.

Immer höhere Gewinnausschüttungen

Die grossen Vermögen konnten aber auch zulegen, weil die Unternehmen immer mehr Gewinne ausschütten. So haben sich die Gewinne, die an Privathaushalte in der Schweiz ausbezahlt werden, seit Anfang der 90er auf über 34 Milliarden im Jahr 2010 verdreifacht. Um in den Genuss von Gewinnausschüttungen zu kommen, muss man Aktien besitzen. Da nur jede fünfte Person überhaupt Aktien hat und die Reichsten überdurchschnittlich Aktien besitzen (90 Prozentaller Akteine im Privatbesitz gehören Millionären), haben nur sehr wenige von den Ausschüttzungen profitiert.[2]

Extrem ungleiche Vermögenseinkommen

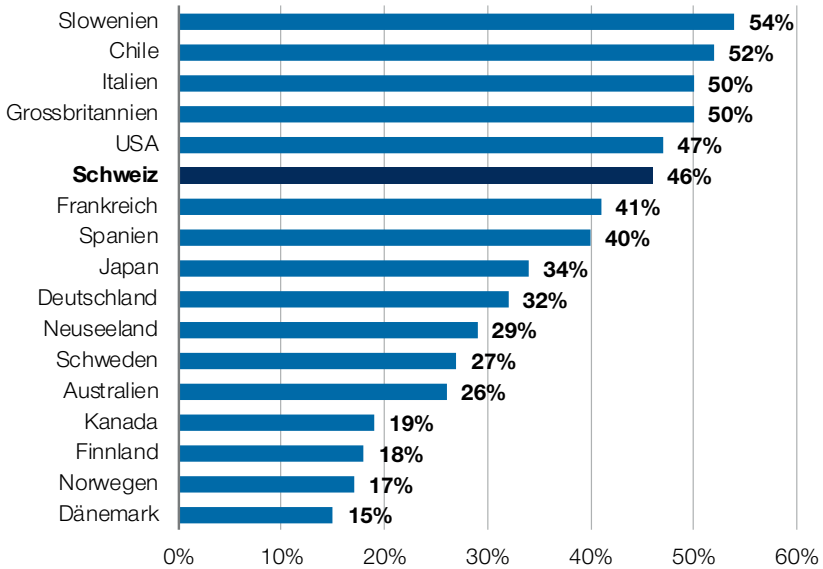
Letzteres verdeutlicht die Verteilung der Vermögenseinkommen eindrücklich. So bezogen die vermögendsten 0.1 Prozent (rund 4‘900 Steuerpflichtige) im Jahr 2009 durchschnittlich 2.25 Millionen Franken Einkommen aus ihrem Vermögen. Das sind pro Tag 6‘208 Franken. Die grosse Mehrheit müsste rund 17 Jahre warten, bis sie ein solches Vermögenseinkommen beisammen hat – oder mehr als ein Monat arbeiten.

[1] Vgl. Credit Suisse (2011)

[2] Vgl. Birchler et al. (2011)

Tiefe soziale Mobilität in der Schweiz

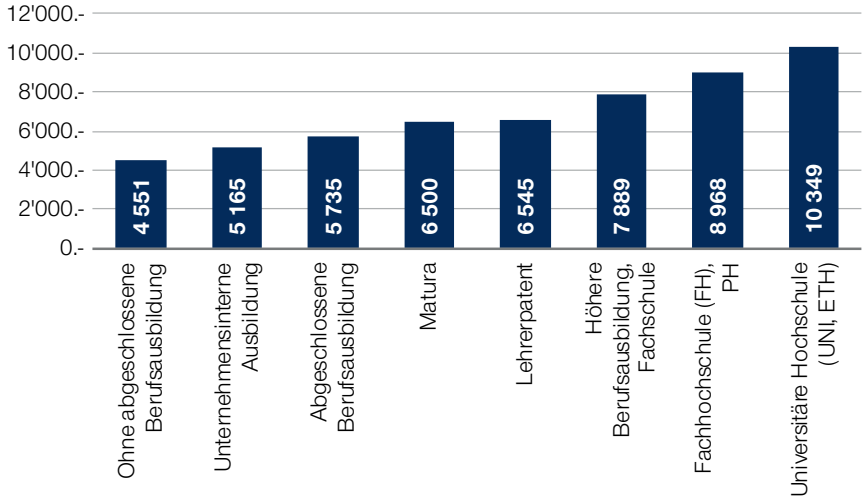
Intergenerationelle Einkommenselastizitäten zwischen Vätern und Söhnen, für verschiedene OECD-Länder Mitte der 2000er Jahre. Je höher die Elastizität, desto tiefer die soziale Mobilität.



Quelle: Corak (2011)

Deutliche Lohnunterschiede nach Bildungsstufe

Medianlohn nach höchster Ausbildung im Jahr 2010 (in Franken).



Quelle: Lohnstrukturerhebung 2010

Von wegen Chancengleichheit

Um die Chancengleichheit steht es schlecht in der Schweiz. Für das Einkommen ist oftmals das Elternhaus entscheidender als Leistung, Talent oder Motivation. Ungleichheit wird von Generation zu Generation vererbt.

Die Schweiz hat im Vergleich zu anderen entwickelten Ländern eine tiefe soziale Mobilität. Das Einkommen der Eltern bestimmt hierzulande das Einkommen der Kinder stark. Gemessen wird das mit der sogenannten «intergenerationellen Einkommenselastizität». Sie sagt aus, wie stark die Ungleichheit zwischen Eltern auf ihre Kinder «vererbt» wird. Für die Schweiz beträgt sie hohe 46 Prozent. Wenn also ein Vater 100 Prozent mehr Einkommen als ein anderer erzielt, dann verdient der Sohn des Reicheren durchschnittlich 46 Prozent mehr als der Sohn des Ärmeren.

Wie Ungleichheit vererbt wird

Ein Kind kann in der Zukunft ein umso höheres Einkommen erzielen, je besser seine (Aus-)Bildung ist und je mehr Ressourcen für dessen soziale Entwicklung aufgewendet werden. Darunter fällt das Finanzieren von Freizeit- und Bildungsaktivitäten, die das Kind fördern, genauso wie die Vermittlung von gesellschaftlichen Kontakten, die Weitergabe von Wissen oder das Widmen von Zeit. Das hängt – gerade in der Schweiz – stark vom Elternhaus ab. Wer mehr verdient, bessere Arbeitszeiten oder eine höhere Ausbildung hat, kann für sein Kind mehr Ressourcen aufwenden – und oft auch den Zugang zu einer besser Ausbildung ermöglichen.

Kein Naturgesetz

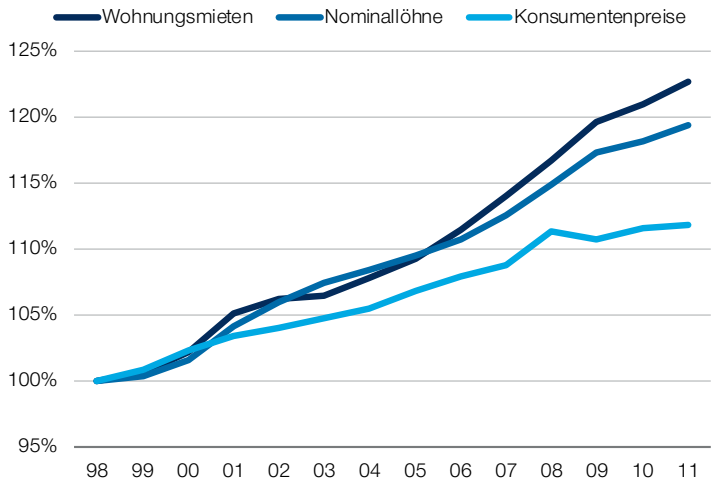
Die soziale Situation der Eltern muss aber nicht zwangsläufig – und vor allem nicht so stark wie in der Schweiz – auf die Kinder abfärben. Das zeigen die nordischen Länder, aber auch angelsächsische Länder wie Kanada, Australien oder Neuseeland. Im Gegensatz zur Schweiz unternimmt der Staat dort mehr dafür, dass sich die Ungleichheit in geringerem Masse von Generation zu Generation überträgt.

Krippen, Schulen, Gleichheit

Die höhere soziale Mobilität in diesen Ländern gründet zunächst auf einer bezahlbaren Kinderbetreuung und einer frühkindlichen Bildung. Sie erlauben es auch Kindern aus ärmeren Haushalten, ihre Fähigkeiten früh zu entwickeln. Verantwortlich sind aber auch Schulen, die wenig sozial separieren, und Universitäten, die mit tiefen bzw. keinen Studiengebühren und leicht zugänglichen Stipendien für alle erschwinglich sind. Kinder aus ärmeren Haushalten erhalten zudem dank gut ausgebauten öffentlichen Leistungen bessere Chancen. Schliesslich spielt auch die Ungleichheit ein Rolle: Ist sie tiefer, kann sie weniger vererbt werden.

Mieten steigen stärker als Preise und Löhne

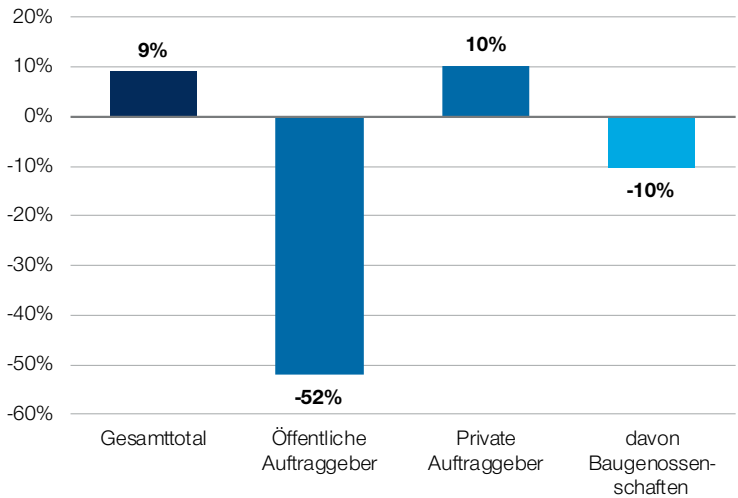
Entwicklung der Wohnungsmieten, Konsumentenpreise und Nominallöhne in der Schweiz seit 1998. 1998 entspricht 100 Prozent.



Quelle: Landesindex der Konsumentenpreise: Wohnungsmiete; Schweizerischer Lohnindex

Weniger öffentliche Investitionen in den Wohnungsbau

Veränderung der Anzahl neu erstellter Wohnungen zwischen 1994-1999 (Durchschnitt) und 2006-2011 (Durchschnitt) nach Auftraggeber.



Quelle: BFS: Bau- und Wohnbaustatistik

Zunehmende Belastung I: Mieten

Seit Ende der 90er Jahre sind die Mietpreise stärker gestiegen als die Konsumentenpreise und die Nominallöhne. Dies belastet insbesondere einkommensschwächere Haushalte. Die öffentliche Hand macht wenig dagegen.

Steigende Mieten belasten das Haushaltsbudget zunehmend. Von 1998 bis 2011 sind die Mieten in der Schweiz gemäss Landesindex der Konsumentenpreise um 23 Prozent angestiegen. Das Preisniveau für Konsumgüter stieg im gleichen Zeitraum nur um 12 Prozent. Da selbst die Nominallöhne mit einem 19-prozentigen Wachstum hinter dem Anstieg der Mieten zurückblieben, wird ein immer grösserer Teil des Arbeitseinkommens für die Wohnungsmiete gebraucht.

Ärmere Haushalte besonders betroffen

Am stärksten betroffen von den steigenden Mietkosten sind einkommensschwächere Haushalte: Bei den Einpersonenhaushalten gibt das unterste Fünftel im Durchschnitt 37 Prozent des Bruttoeinkommens für die Wohnkosten aus, das oberste Fünftel dagegen nur 14 Prozent (Daten für Jahre 2006-2008 gemäss Haushaltsbudgeterhebung HABE). Doch auch beim mittleren Fünftel liegt der entsprechende Wert bei über 20 Prozent. Bei Paarhaushalten mit Kindern ist die prozentuale Belastung etwas geringer: Das unterste Fünftel gibt 23 Prozent des Einkommens für das Wohnen aus, das mittlere Fünftel 16 Prozent.

Regionale Unterschiede

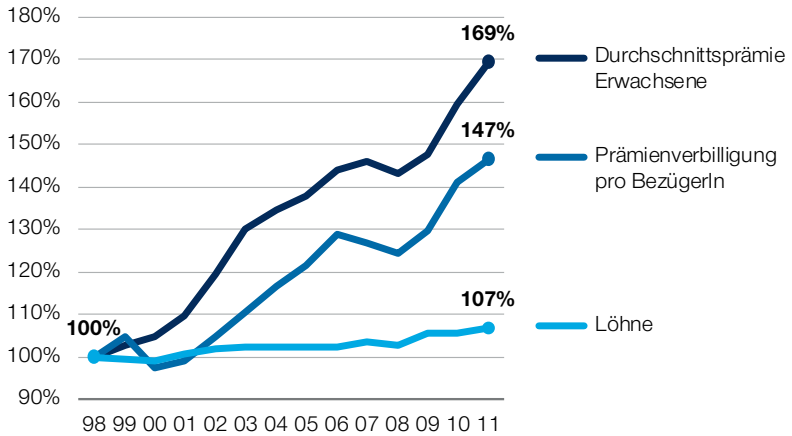
Die regionale Mietkostenbelastung ist sehr unterschiedlich. So bezahlte man 2010 im Kanton Zug für eine Vierzimmerwohnung mit 1921 Franken (ohne Neben- und Heizkosten) fast doppelt so viel wie im Kanton Jura mit 1007 Franken (Quelle: Volkszählungen und Strukturerhebung 2010). Auch in Zürich ist die Kostenbelastung mit durchschnittlich 1729 Franken für eine Vierzimmerwohnung sehr hoch.

Öffentliche Hand macht zu wenig

Im Vergleich zu den 90er Jahren sind die Investitionen der öffentlichen Hand in den Wohnungsbau in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. Während in den sechs Jahren von 1994 bis 1999 im Durchschnitt 753 Wohnungen durch die öffentliche Hand entstanden, waren es zwischen 2006 und 2011 durchschnittlich 362 Wohnungen. Dies entspricht einem Rückgang um 52 Prozent. Auch der Wohnungsbau privater Baugenossenschaften ging im selben Zeitraum um durchschnittlich 10 Prozent zurück. Ein Resultat dieser Entwicklungen ist, dass der Anteil Genossenschaftswohnungen an allen bewohnten Wohnungen von 3.7 Prozent im Jahr 2000 auf 2.9 Prozent im Jahr 2010 zurückging. Will der Staat den Mietpreisanstieg stoppen, müsste er unbedingt mehr in den sozialen Wohnungsbau investieren.

Prämien steigen stärker als Prämienverbilligungen und Löhne

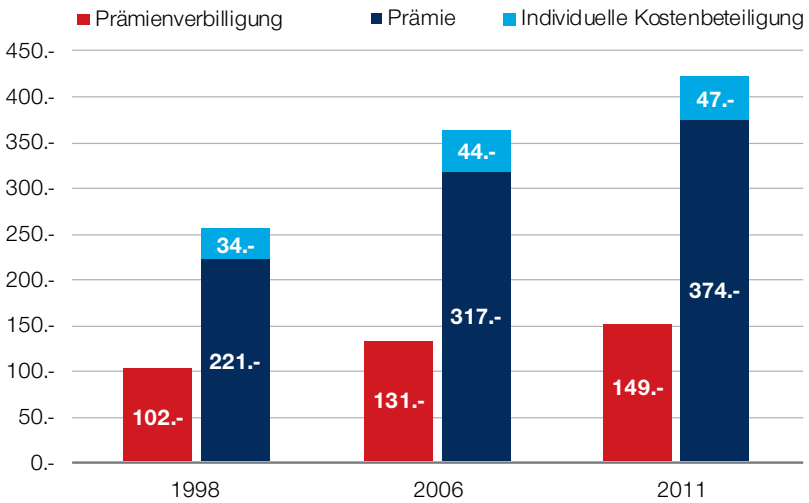
Entwicklung Durchschnittsprämie, Prämienverbilligung pro BezügerIn sowie Löhne seit 1998. Bei allen Reihen wurde die Teuerung korrigiert. 1998 entspricht 100%.



Quelle: Bundesamt für Gesundheit: Zeitreihen Krankenversicherung; Schweizerischer Lohnindex

Individuelle Kostenbelastung durch Gesundheitsausgaben steigt stark

Durchschnittsprämie, durchschnittliche Kostenbeteiligung und durchschnittliche Prämienverbilligung für Erwachsene über 26 Jahre in Franken pro Monat zu Preisen von 2011.



Quelle: Bundesamt für Gesundheit: Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2011; eigene Berechnungen

Zunehmende Belastung II: Krankenkassenprämien

Die Krankenkassenprämien sind in den vergangenen Jahren deutlich stärker gestiegen als Löhne, Preise und Prämienverbilligungen. Darunter leiden einkommensschwache Haushalte ebenso wie Normalverdiener.

Während Preise und Löhne nur moderat steigen, scheinen die Krankenkassenprämien förmlich zu explodieren.

Prämien steigen um 69 Prozent

Von 1998 bis 2011 stieg die Durchschnittsprämie für Erwachsene über 26 Jahre inflationsbereinigt um 69 Prozent. Die individuelle Kostenbeteiligung in Form von Franchise, Selbstbehalt und Beitrag an die Kosten eines Spitalaufenthalts stieg im selben Zeitraum um 36 Prozent (inflationsbereinigt). Dagegen legten die Reallöhne um lediglich 7 Prozent zu. Aufs Jahr hochgerechnet mussten Versicherte 2011 für Prämien und individuelle Kostenbeteiligung inflationsbereinigt fast 2‘000 Franken mehr ausgeben als 1998.

Prämienverbilligungen im Rückstand

Ein immer grösserer Anteil des Lohnes wird von Krankenkassenprämien weggefressen. Da die Höhe der Krankenkassenprämien in der Schweiz im Gegensatz zu vielen anderen Ländern nicht vom Einkommen abhängt, sind (insbesondere kinderreiche) Normalverdienerhaushalte sowie einkommensschwache Haushalte besonders betroffen. Wegen der Kopfprämie müssen sie hierzulande gleich viel für die Krankenkasse zahlen wie eine Multimillionärsfamilie. Um Normalverdiener zu entlasten, haben Bund und Kantone Prämienverbilligungen eingeführt. Doch diese hinken den Prämien hinterher. Zwischen 1998 und 2011 wurden sie nur um 47 Prozent erhöht.

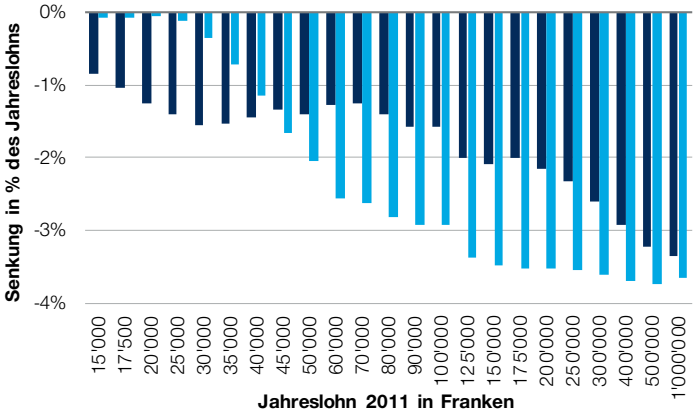
Weit entfernt von der Zielsetzung

1991 legte der Bundesrat fest, dass niemand mehr als 8 Prozent des steuerbaren Einkommens (ca. 6 Prozent des verfügbaren Einkommens) für die Krankenkassenprämien ausgeben soll. Von diesem Ziel ist man heute weit entfernt. Berechnungen zeigen, dass die Bevölkerung in vielen Kantonen deutlich mehr bezahlt - je nach Haushaltstyp und Kanton bis zu 16% des verfügbaren Einkommen (Vgl. Kägi et al. 2012: 38-60). Dass der Prämienanstieg allein den Anstieg der Gesundheitsausgaben reflektiert, ist im Übrigen falsch: Von 2001 bis 2011 stieg das Prämiensoll pro Versicherte in der obligatorischen Krankenversicherung um 57 Prozent, während die (Brutto-)Kosten von ambulanten und stationären Leistungen lediglich um 41 Prozent zunahmen.

Die grössten Steuersenkungen für die Reichsten

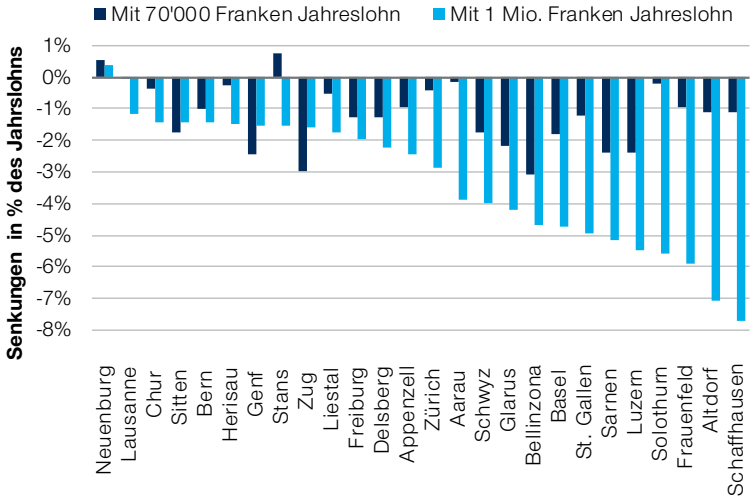
Steuersenkungen zwischen 2000 und 2011 für Ledige (dunkelblaue Balken) und Verheiratete mit 2 Kindern (hellblaue Balken) nach Höhe des Bruttojahreslohns.

Lesebeispiel: Ledige mit einem Bruttojahreslohn von 1‘000‘000 Franken im Jahre 2011 haben im Vergleich zu dem Lohn, der 2000 die gleiche Kaufkraft gehabt hatte wie die 1‘000‘000 Franken in 2011, 3.4 Prozent ihres Lohnes oder 34‘000 Franken weniger Steuern bezahlt.



Kantone im Dienst der Millionäre

Steuersenkungen zwischen 2000 und 2011 nach Kantonshauptorten für ledige Arbeitnehmende mit 70‘000 Franken (dunkelblaue Balken) bzw. 1 Million Franken Brutto-Jahreslohn (hellblaue Balken).



Quelle: Berechnungen SGB mit Daten der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Betrachtet wurden die direkte Bundessteuer sowie die durchschnittlichen Staats- und Kirchensteuern (mit der Bevölkerung der Kantone gewichtet). Die Steuern auf dem Jahreslohn 2011 werden mit den Steuern verglichen, die auf dem Lohn im Jahr 2000 gezahlt wurden, der damals die gleiche Kaufkraft hatte wie der Lohn 2011. Siehe auch Methodenbesprechung SGB (2012).

Steuerpolitik im Dienst der Oberschicht

Im letzten Jahrzehnt senkte die Politik die Steuern ganz oben deutlich stärker als unten und in der Mitte. Das reichste Prozent, das schon von stark gestiegenen Löhnen und Vermögenseinkommen profitierte, wurde so zusätzlich beschenkt.

Die Grossverdienenden zahlen heute deutlich weniger Steuern als noch um die Jahrtausendwende. Ein lediger Arbeitnehmer mit einer Million Franken Jahreslohn musste beispielsweise im Jahr 2011 im Vergleich zum Jahr 2000 rund 3.4 Prozent weniger Bundes- und Staatssteuern (gewichteter Durchschnitt nach Kantonen) zahlen. Das sind stolze 34‘000 Franken, die er mehr – und die öffentliche Hand weniger hatte.

Mehrheit kaum entlastet

Von einem solchen Steuergeschenk kann die grosse Mehrheit der SchweizerInnen nur träumen. Ihnen wurden die Steuern deutlich weniger stark gesenkt als der Oberschicht. Das gilt vor allem für Ledige. Eine alleinstehende Arbeitnehmerin mit 70‘000 Franken Jahreslohn musste 2011 bloss 1.3 Prozent oder 879 Franken weniger versteuern als 11 Jahre zuvor. Familien wurden zwar stärker entlastet als Ledige, hinter den Millionären bleiben aber auch sie klar zurück. Verheiratete mit zwei Kindern und einem Einkommen von 100‘000 Franken zahlten zum Beispiel bloss 2‘923 Franken weniger.

Kantone für Reiche

Nur gerade in den Kantonen Wallis, Genf und Zug wurden die Steuern - prozentual zum Einkommen - für die Mehrheit stärker gesenkt als für die Millionäre. In allen anderen Kantonen stellte sich die Politik in den Dienst der Reichsten. Allerdings in unterschiedlichem Ausmass. In Obwalden, Luzern, Solothurn, Thurgau, Uri und Schaffhausen profitierten die ledigen Lohnmillionäre mit Steuergeschenken von über 50‘000 Franken am meisten – während sich Arbeitnehmende mit mittlerem Lohn mit 130 bis 1‘673 Franken begnügen mussten.

Schädliche Steuerpolitik

Die Steuerpolitik im Dienst der Oberschicht widerspricht dem Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit – welches eigentlich in der Verfassung verankert ist. Vor allem aber schadet diese Politik den öffentlichen Finanzen. Wegen den Steuergeschenken an die Reichsten klaffen Löcher in den Staatskassen. In verschiedenen Kantonen werden deshalb öffentliche Leistungen abgebaut. Ausserdem lädt diese Steuerpolitik Manager und andere Topverdienende dazu ein, noch mehr abzuzocken: Wenn sie weniger Steuern zahlen müssen, lohnt es sich nämlich für sie, sich noch stärker auf Kosten aller anderer zu bereichern.[1]

[1] Piketty, Seaz und Stantcheva (2012) zeigen, wie Steuersenkungen für die Reichsten, den Managern die nötigen Anreize gaben, sich immer höhere Löhne auszuzahlen.

Was den Arbeitnehmenden von den Lohnerhöhungen bleibt

Die Tabellen zeigen, wie viel von den Bruttolohnerhöhungen zwischen 2000 und 2010 nach Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen, indirekten Steuern, Gebühren, Krankenkassenprämien (inkl. Prämienverbilligungen), Familienzulagen sowie den Wohnkosten bleibt. Alle Beträge für ein Jahr und in Franken von 2010.

Einzelpersonenhaushalte

	Tiefe Löhne	mittlere Löhne	hohe Löhne	sehr hohe Löhne
Lohn abzgl. Steuern und SV-Beiträge (Steuer-/Beitragssätze von 2000)	+2‘200.-	+3‘000.-	+10‘100.-	+25‘600.-
Steuer- und Abgabepolitik (Satzänderungen seit 2000) *davon Einkommenssteuern*	+400.- *+700.-*	+700.- *+1‘000.-*	+1‘600.- *+2‘600.-*	+6‘300.- *+6‘400.-*
Krankenkassenprämien	-1‘500.-	-1‘500.-	-1‘500.-	-1‘500.-
Wohnkosten	-2‘400.-	-2‘500.-	-3‘300.-	-6‘700.-
Verfügbares Einkommen	**-1‘300.-**	**-300.-**	**+6‘900.-**	**+ 23‘700.-**

Paarhaushalte mit 2 Kindern

	Tiefe Löhne	mittlere Löhne	hohe Löhne
Lohn abzgl. Steuern und SV-Beiträge (Steuer-/Beitragssätze von 2000)	+3‘900.-	+5‘500.-	+17‘200.-
Steuer- und Abgabepolitik (Satzänderungen seit 2000) *davon Einkommenssteuern*	+1‘300.- *+1‘800.-*	+3‘400.- *+4‘000.-*	+5‘400.- *+7‘400.-*
Krankenkassenprämien (inkl. Prämienverbilligung)	-2‘000.-	-3‘600.-	-3‘600.-
Familienzulagen	+800.-	+800.-	+800.-
Wohnkosten	-2‘700.-	-3‘200.-	-4‘800.-
Verfügbares Einkommen	**+1‘300.-**	**+2‘900.-**	**+15‘000.-**

Quelle: Um die Auswirkungen der Steuer- und Abgabenpolitik auf die Lohnerhöhungen zu messen, wurden Musterhaushalte gebildet. Als deren einzige Einkommensquelle wurde der Lohn nach Lohnstrukturerhebung angenommen, davon wurden Steuern, Prämien und Mieten nach offiziellen Statistiken abgezogen. Details zu den Musterhaushalten finden sich in der Methoden- und Datenbesprechung des SGB-Verteilungsberichts 2012.

Prämien und Mieten binden Lohnerhöhungen

Die meisten Arbeitnehmenden haben heute nach Steuern, Krankenkassenprämien und Mieten kaum mehr Geld zum Leben als noch um die Jahrtausendwende. Im Gegensatz zu den Grossverdienern.

Die Steuer- und Abgabenpolitik zwischen 2000 und 2010 fiel zu Gunsten der Grossverdiener und zu Lasten der grossen Mehrheit aus. Einerseits wurden die Bundes-, Kantons-, Gemeinde und Kirchensteuern im schweizerischen Durchschnitt für die oberen Einkommen stärker gesenkt als für den ganzen Rest. Andererseits belasten die Krankenkassenprämien die Haushalte immer stärker.

Weniger Steuern, mehr Prämien

Die Auswirkungen dieser Politik sind erschreckend. Während Alleinstehende mit sehr hohen Löhnen 2010 im Vergleich zum Jahr 2000 rund 6‘400 Franken weniger Einkommenssteuern zahlen, sind es bei den tieferen und mittleren Löhnen 700 bzw. 1‘000 Franken. Zugleich zahlen die alleinstehenden Haushalte – unabhängig von ihrem Lohn – für die Krankenkassenprämien 1‘500 Franken zusätzlich. Wenn auch noch Sozialversicherungsbeiträge, indirekte Steuern und Gebühren mitberücksichtig werden, müssen Alleinstehende mit tiefen und mittleren Löhnen aufs Jahr mit 1‘100 bzw. 800 Franken mehr Steuern und Abgaben leisten, während es bei den sehr hohen Löhnen zu einer Entlastung über 4‘800 Franken kam.

Gleiches Bild bei den Familien

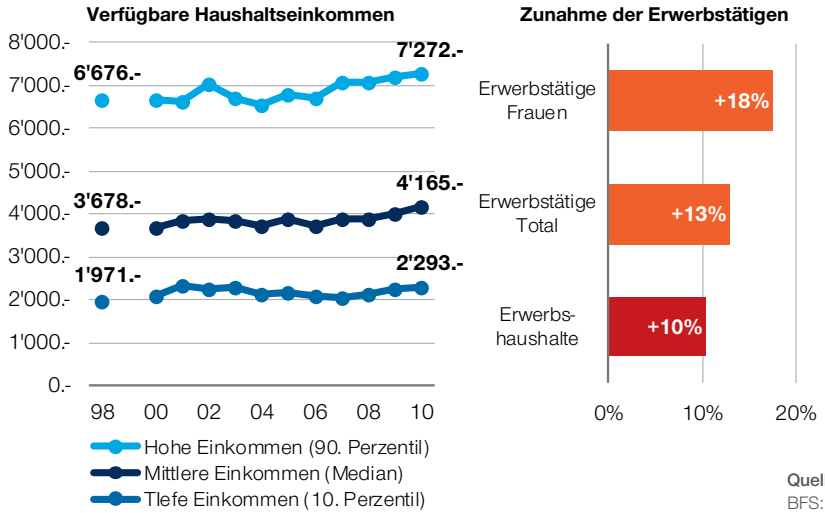
Bei den Familien zeigt sich das gleiche Bild. Den tiefen und mittleren Löhnen wurden zwar auch die Steuern gesenkt. Die zunehmende Prämienlast – und die wesentlich langsamer gestiegenen Prämienverbilligungen – haben die Steuererleichterungen weitgehend aufgehoben. Familien mit tiefen Löhnen mussten wegen dem Prämienanstieg mehr berappen (-2‘000 Franken), als sie an Steuern einsparten (+1‘800 Franken). Das steht in scharfen Kontrast zu den grosszügigen Steuersenkungen bei den gutverdienenden Familien.

Mieten fressen Lohnerhöhungen weg

Im letzten Jahrzehnt nahmen auch die Wohnkosten kräftig zu. Das traf die tiefen und mittleren Einkommen stärker als die hohen. Sie mussten einen Grossteil ihrer Lohnerhöhungen fürs teurere Wohnen aufwenden. Unter dem Strich führte die Steuer- und Abgabenpolitik sowie der ungebremste Anstieg der Mieten dazu, dass Alleinstehende mit tiefen und mittleren Löhnen 2010 weniger oder nur leicht mehr verfügbares Einkommen hatten als 2000. Dagegen legten die hohen und insbesondere sehr hohen Löhne nicht nur viel stärker zu, sondern wurden von der Steuer- und Abgabenpolitik zusätzlich begünstigt.

Anstieg der Haushaltseinkommen wegen Zweiverdiener-Haushalten

Entwicklung des verfügbaren Haushaltseinkommens von Erwerbstätigen 1998-2010 in Franken (Äquivalenzeinkommen zu Preisen von 2010). Ebenfalls dargestellt: Zunahme der Anzahl Erwerbshaushalte und Anzahl Erwerbstätige (Frauen) zwischen 1998 und 2009.[1]

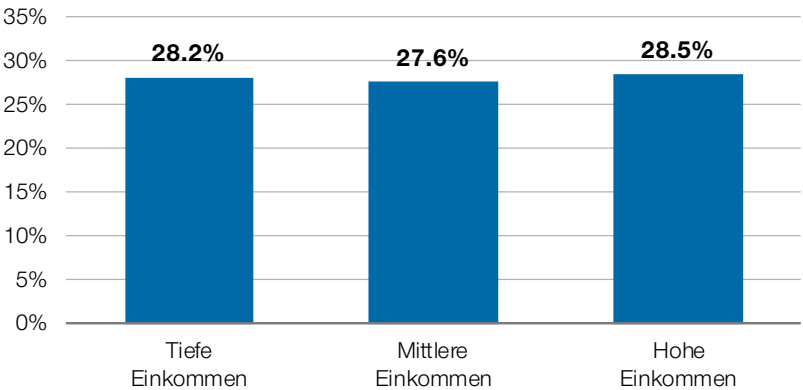


Quelle:
BFS: Haushaltsbudgeterhebung, Erwerbstätigenstatistik, eigene Berechnungen

[1] Für 2010 sind leider noch keine Daten zur Anzahl Erwerbshaushalte verfügbar.

Gleiche Belastung mit obligatorischen Ausgaben für arme und reiche Haushalte

Anteil der obligatorischen Abgaben (Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen, Krankenkassenprämien und Transferleistungen) am Bruttoeinkommen (Äquivalenzeinkommen) im Jahr 2010. Aufgeteilt nach niedrige (10. Perzentil), mittlere (Median) und hohe (90. Perzentil) Haushaltseinkommen.



Quelle:
BFS: Haushaltsbudgeterhebung

Höhere Einkommen wegen mehr Zweitverdienern

Der Anstieg der Haushaltseinkommen ist u.a. auf eine Zunahme der Zweiverdiener-Haushalte zurückzuführen. Die prozentuale Belastung mit obligatorischen Abgaben ist für arme und reiche Haushalte gleich hoch.

Gemäss offiziellen Statistiken ist das Einkommen der Erwerbshaushalte von 1998 bis 2010 preisbereinigt um 13 Prozent gestiegen (medianes Äquivalenzeinkommen).

Zweifelhafte Statistik

Weil die zu Grunde liegende Statistik (Haushaltsbudgeterhebung HABE) auf einer sehr geringen Stichprobe basiert, sind die Zahlen jedoch mit Vorsicht zu interpretieren. Dies zeigt die Diskrepanz zu einer anderen Statistik - der Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen SILC. Diese stützt sich auf eine doppelt so grosse Stichprobe. Auf dieser Grundlage weist die SILC für das Jahr 2010 einen Rückgang des Medianeinkommens aus, während die HABE einen Anstieg verzeichnet. Weil die SILC nur bis 2008 zurückreicht, muss für längere Zeitreihen aber trotzdem auf die HABE zurückgegriffen werden.

Mehr Zweiverdiener-Haushalte

Angesichts des Lohndrucks in vielen Bereichen – z.B. bei Erwerbstätigen mit Lehrabschluss – überrascht der deutliche Anstieg der Haushaltseinkommen. Neben der unsicheren Datenqualität stellt die Zunahme an Zweiverdiener-Haushalten eine weitere Erklärung dar. Während die Anzahl Erwerbshaushalte von 1998 bis 2009 um 10 Prozent anstieg, stieg die Anzahl Erwerbstätige um 13 Prozent.[1] Das bedeutet, dass heute pro Haushalt mehr Personen erwerbstätig sind. Besonders stark zugenommen hat die Frauenerwerbstätigkeit. Diese zusätzliche Erwerbstätigkeit hat den Druck auf die Haushaltseinkommen abgemildert.

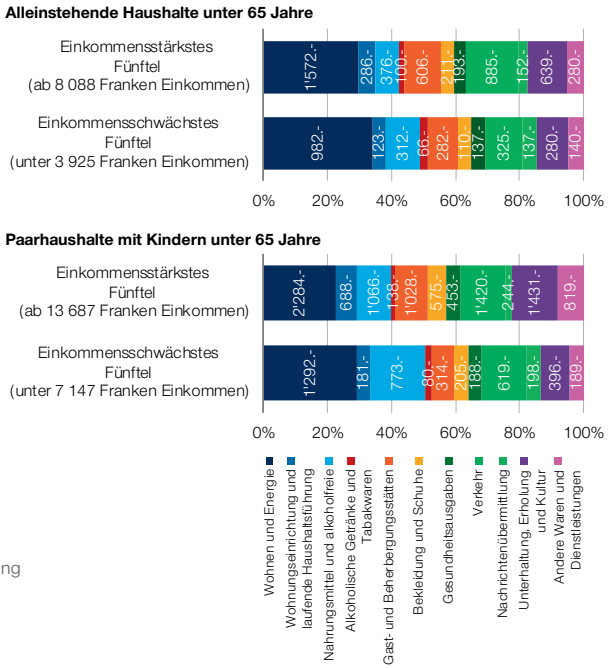
Gleiche Belastung für Arm und Reich

Trotz progressiver Steuersätze ist die Belastung der Haushalte mit obligatorischen Abgaben (Sozialversicherungsbeiträge, Steuern, Krankenkassenprämien) keineswegs progressiv: Ihr Anteil am Bruttoäquivalenzeinkommen ist für die reichsten 10 Prozent der Haushalte und für die ärmsten 10 Prozent gleich hoch und beträgt 28 Prozent. Die staatliche Umverteilung zu Gunsten weniger privilegierter Haushalte ist in der Schweiz damit sehr schwach ausgeprägt. Es verwundert deshalb nicht, dass die Korrektur der Markteinkommen durch den Staat in fast keinem anderen Land so schwach ist wie in der Schweiz (OECD 2011: 36).

[1] Rechnet man die Studierendenhaushalte aus den Erwerbshaushalten heraus, dürfte der Unterschied noch grösser sein, da sich der Anteil der Studierenden an der ständigen Wohnbevölkerung zwischen 15 und 39 Jahren seit 1998 verdoppelt hat (Quelle: BFS).

Die Haushalte geben das meiste Geld fürs Wohnen aus

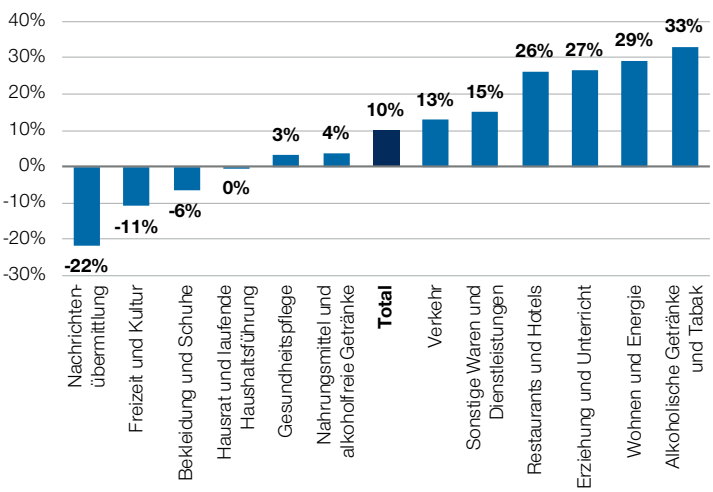
Durchschnittliche Konsumausgaben von Einpersonenhaushalten (unter 65-Jährige) nach Einkommenklassen in den Jahren 2006 bis 2008 (in Franken).



Quelle:
Bundesamt für Statistik, Haushaltsbudgeterhebung

Preise für Wohnen, Alkohol und Tabak am stärksten gestiegen

Änderung der Preise nach Warengruppen zwischen 2000 und 2012.



Quelle:
Bundesamt für Statistik, Landesindex der Konsumentenpreise

Mieten belasten Haushaltsbudgets zunehmend

So unterschiedlich sie auch sein mögen, eines haben arme wie reiche Haushalte gemeinsam: Die Wohnkosten sind der grösste Ausgabenposten – und genau hier sind die Preise im letzten Jahrzehnt am stärksten gestiegen.

Wer mehr Einkommen hat, konsumiert mehr. Familienhaushalte, die zu den einkommensstärksten 20 Prozent der Schweiz gehören, konsumieren pro Monat Waren und Dienstleistungen im Wert von durchschnittlich 10‘147 Franken.[1] Das einkommensschwächste Fünftel der Familien gibt weniger als die Hälfte aus, nämlich nur 4‘434 Franken. Wenn man den Konsum ins Verhältnis zu den Einkommen der Haushalte stellt, sind die Konsumausgaben der Ärmeren allerdings deutlich höher. Sie geben 77 Prozent ihres (Brutto-)Einkommens aus, während es bei den reicheren nur 53 Prozent sind.

Wohnen als grösster Budget-Posten

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Wer nur über ein knappes Einkommen verfügt, hat kaum Spielraum, Geld auf die Seite zu legen. Das Einkommen ist grösstenteils gebunden, um die grundlegenden Ausgaben zu tätigen. Es verwundert nicht, dass bei den einkommensschwächeren 20 Prozent der Familien mehr als die Hälfte der Ausgaben für Wohnen und Essen gebraucht wird. Beim reicheren Fünftel sind es knapp 40 Prozent. Mit 4‘038 Franken geben sie praktisch so viel aus wie die einkommensschwachen Familien für den gesamten Konsum

Restaurant, Verkehr und Ferien

Die Unterschiede zwischen unten und oben treten vor allem bei Budget-Posten wie Verkehr, Auswärtsessen oder Unterhaltung, Erholung und Kultur deutlich zu Tage. Einkommensschwächere Schweizer müssen hier häufig verzichten. Zum Beispiel beim Essen im Restaurant: Während ärmere Familien hier pro Tag nur rund 10 Franken ausgeben können, sind es bei den reicheren 33 Franken.

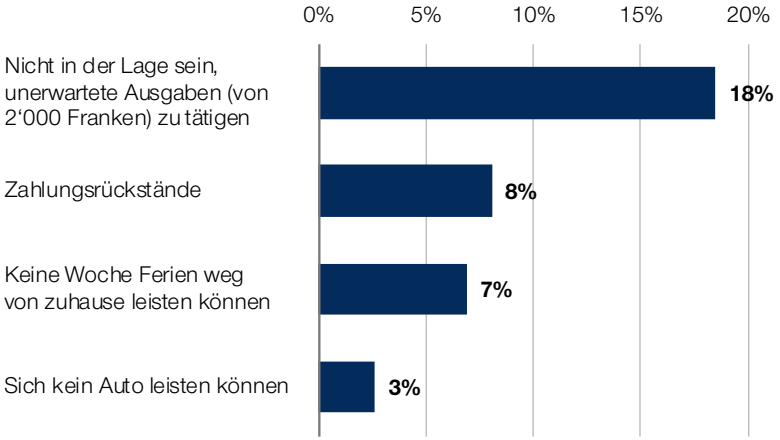
Mieten werden immer teurer

Seit der Jahrtausendwende haben sich die Preise der einzelnen Waren sehr unterschiedlich entwickelt. Während 2012 im Vergleich zu 2000 fast ein Viertel weniger für Nachrichtenübermittlung bezahlt werden muss, sind die Preise fürs Wohnen (v.a. die Mieten) um fast einen Drittel gestiegen. Damit hat sich genau der Ausgabenposten am stärksten verteuert, für den die Haushalte am meisten Geld ausgeben. Die einkommensschwächeren Haushalte trifft diese Preisentwicklung stärker als die reicheren. Sie geben – trotz bescheideneren Wohnungen – mehr von ihrem Einkommen fürs Wohnen aus.

[1] Die Daten stammen aus der Haushaltsbudgeterhebung 2006-08 des BFS (2013).

Materielle Entbehrung trotz Erwerbstätigkeit

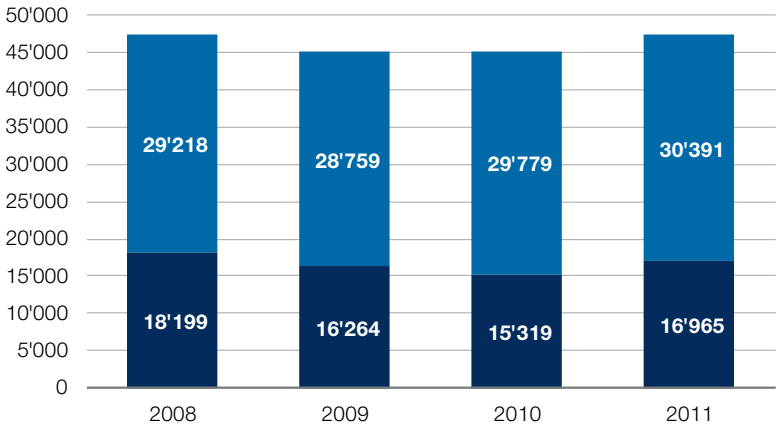
Anteil aller Erwerbstätigen in der Schweiz, die 2010 von materiellen Entbehrungen betroffen 2010 waren.



Quelle: BFS: Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen SILC, Version 26.06.2012

Sozialhilfebezug trotz Erwerbstätigkeit

Anzahl Erwerbstätige, die 2008 bis 2011 Sozialhilfe empfangen haben. Die dunkelblauen Balken stehen für Vollzeit und die hellblauen für Teilzeit erwerbstätige SozialhilfeempfängerInnen.



Quelle: Sozialhilfestatistik, eigene Berechnungen

Armut trotz Erwerbstätigkeit

Erwerbstätigkeit – auch Vollzeit – schützt nicht vor Armut und finanzieller Not: 17‘000 Personen beziehen trotz Vollzeitstelle Sozialhilfe. 18 Prozent der Erwerbstätigen haben zu wenig Geld für eine grössere, unerwartete Ausgabe.

Auch in der reichen Schweiz gibt es eine nicht zu unterschätzende Anzahl an Personen die in einer angespannten finanziellen Lage leben.

Überfordert durch unterwartete Ausgaben

18 Prozent der Erwerbstätigen sind nicht in der Lage, innerhalb einer Woche unerwartete Ausgaben in Höhe von 2‘000 Franken zu tätigen (SILC-Statistiken). Wird eine grössere Autoreparatur oder eine Zahnarztbehandlung fällig, kommen diese Haushalte in Finanzöte. Bei 8 Prozent der Erwerbstätigen ist die finanzielle Situation gar so angespannt, dass sie mit Zahlungen im Rückstand sind. Knapp 7 Prozent können sich trotz Erwerbstätigkeit keine einzige Ferienwoche im Jahr leisten.

Mühe, über die Runden zu kommen

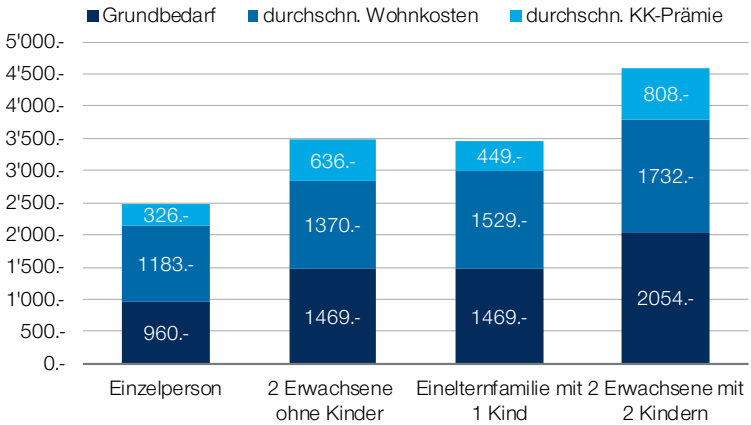
Etwas weniger als die Hälfte der Erwerbstätigen kommt finanziell ohne Probleme über die Runden zu kommen. 35 Prozent geben das aus, was sie verdienen. Substanziell Geld auf die Seite legen können sie nicht. 10 Prozent der Erwerbstätigen haben Mühe, alle Rechnungen zu bezahlen. Sie empfinden es als schwierig über die Runden zu kommen. 6 Prozent geben gar an, in einem Monat mehr auszugeben als sie einnehmen – entweder indem sie Schulden machen oder Vermögen aufzehren.

Trotz Vollzeitstelle Sozialhilfe

47‘000 Personen zwischen 18 und 64 Jahren – rund 1 Prozent aller Erwerbstätigen – mussten im Jahr 2011 trotz Erwerbstätigkeit den für viele entwürdigenden Gang zum Sozialamt antreten. Über 10 Prozent aller Sozialhilfebezüger zwischen 18 und 64 Jahren arbeiten sogar Vollzeit - insgesam 17‘000 Personen. Trotzdem reichte ihr Lohn nicht für ein Einkommen, das über dem Minimalbetrag liegt, welcher durch die Sozialhilfestandards als soziales Existenzminimum definiert wird. Im Jahr 2010 betrug die Armutsgrenze gemäss der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe im Landesdurchschnitt 2‘450 Franken pro Monat für eine Einzelperson und 4‘600 Franken pro Monat für 2 Erwachsene mit 2 Kindern (SKOS 2012: 4). Weil die Arbeitgeber keinen Lohn bezahlen, der zum Leben reicht, muss die Allgemeinheit mit Steuergeldern einspringen.

Arm nach SKOS

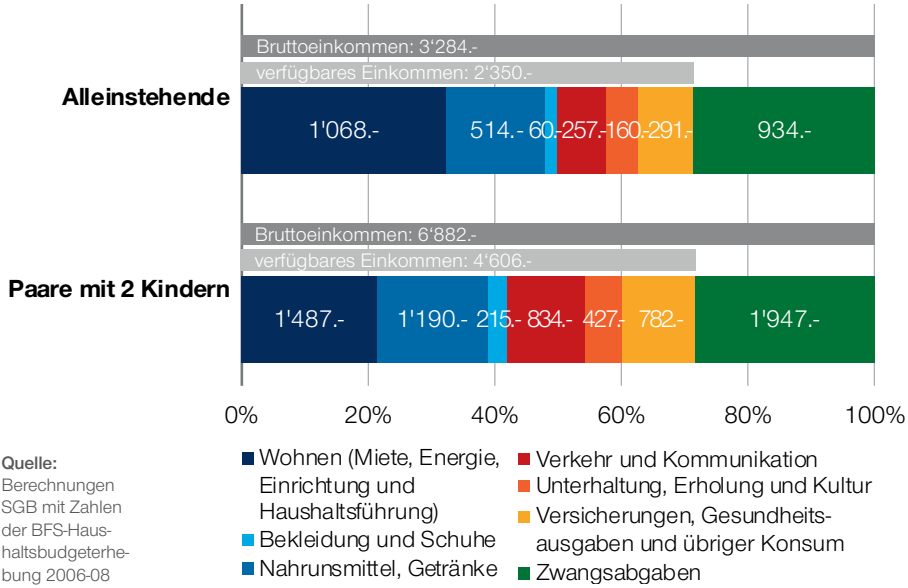
Die Balken zeigen das soziale Existenzminium (pro Monat) und damit die Armutsgrenze nach SKOS im Jahr 2010. Es setzt sich aus Grundbedarf, den durchschnittlichen Wohnkosten und situationsbedingten Leistungen wie den Krankenkassenprämien zusammen.



Quelle: SKOS (2012)

Wenig zum Leben auf der Armutsgefährdungsgrenze

Geschätzte Ausgaben von Arbeitnehmenden-Haushalten mit einem Einkommen auf der relativen Armutsgefährdungsgrenze (d.h. 60 Prozent des medianen verfügbaren Einkommens). Für eine alleinstehende Person 2010 entsprach das einem verfügbaren Einkommen von 2‘350.- Franken im Monat oder einem Bruttoeinkommen von 3‘284.- Franken.



Quelle: Berechnungen SGB mit Zahlen der BFS-Haushaltsbudgeterhebung 2006-08

Was heisst es, arm zu sein?

Geht es nach der Weltbank ist eine Person arm, wenn sie weniger als 2 US-Dollar pro Tag zur Verfügung hat. Mit 2 Dollar würde hierzulande aber niemand auch nur einen Tag überleben. Was heisst es also in der Schweiz arm zu sein?

Arm sind nicht nur Personen, die ums nackte Überleben kämpfen. Für die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) ist man arm – und auf Hilfe angewiesen –, wenn man nicht über das ‚soziale Existenzminimum' verfügt, das eine minimale Teilnahme am Arbeits- und Sozialleben ermöglichen.

Das Existenzminimum...

Das Existenzminimum setzt sich aus dem Grundbedarf für die Lebenshaltung (Essen, Kleidung, Haushalt, Unterhaltung etc.), den Wohnkosten und gewissen situationsbedingten Leistungen wie Krankheitskosten oder Möbel zusammen. Für den Grundbedarf steht einer Einzelperson zurzeit laut SKOS 977 Franken pro Monat oder 33 Franken pro Tag zu. Zusammen mit den Wohnkosten sowie den situationsbedingten Leistungen, die je nach Wohn- und Lebenssituation unterschiedlich ausfallen können, lag die durchschnittliche SKOS-Armutsgrenze im Jahr 2010 für eine alleinstehende Person bei 2'450 Franken.[1]

...und die Armutsgefährdungs-Schwelle...

Armut kann auch im Verhältnis zum allgemeinen Lebensstandard in einem Land begriffen werden. Arm zu sein, bedeutet dann, vom üblichen Wohlstandsniveau ausgeschlossen zu sein. Nach gängiger internationaler Definition ist eine Person von Armut gefährdet, wenn er oder sie in einem Haushalt lebt, der weniger als 60 Prozent des mittleren Haushaltseinkommens[2] (Median) bezieht. In der Schweiz waren das 2010 für eine alleinstehende Person nach Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und Krankenkassen-Prämien mindestens 2'350 Franken im Monat.[3]

...lassen kaum Spielraum

Beide Armuts-Definitionen lassen kaum Spielraum. Es verwundert deshalb nicht, dass das Betreibungs- und Konkursrecht für den Grundbedarf, der einem säumigen Schuldner nicht gepfändet werden darf, mit 1'200 Franken deutlich mehr vorsieht als die SKOS. Auch die Ergänzungsleistungen zu AHV und IV garantieren mit 1'588 Franken einen noch höheren Grundbedarf. Ebenso zeigten die Ausgaben eines Haushalts auf der 60-Prozent-Median-Grenze, dass ein Armutseinkommen kaum Freiheiten lässt. Für eine alleinstehende Personen bleiben zum Beispiel bloss 514 Franken im Monat fürs Essen (zu Hause und auswärts, inkl. Bier in der Beiz). Auch für eine bescheidene Miete wird mehr als ein Drittel des ganzen Einkommens verwendet. Und für Erholung, Unterhaltung und Kultur bleiben nur 160 Franken.

[1] SKOS (2012)

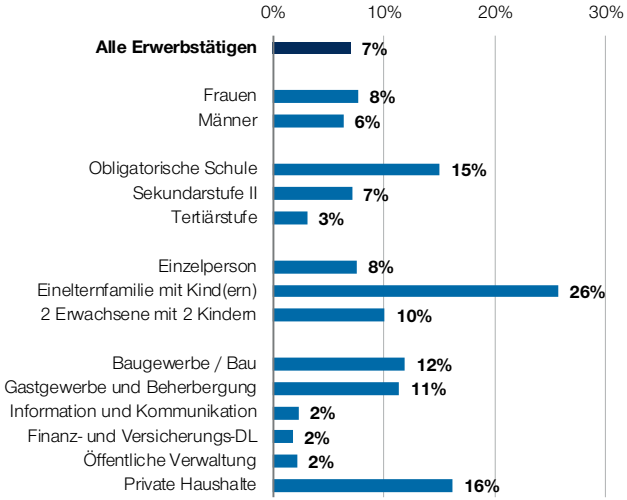
[2] Verglichen werden verfügbare Äquivalenzeinkommen. Das sind die Einkommen abzüglich Steuern, SV-Abgaben, Krankenkassenprämien und Transferzahlungen (z.B. Alimente), die um die Haushaltsgrösse korrigiert werden.

[3] BFS (2012)

Wer ist trotz Erwerbsarbeit armutsgefährdet?

Armutsgefährdungsquote der Erwerbstätigen in der Schweiz nach unterschiedlichen Merkmalen im Jahr 2010.

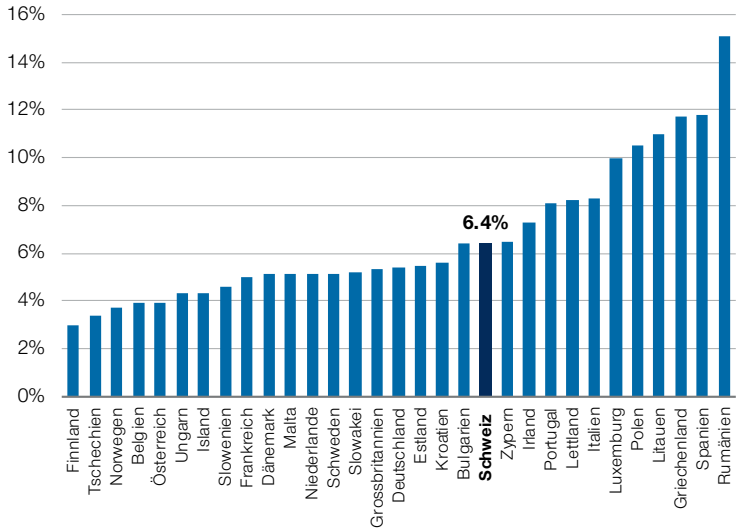
Lesebeispiel: 11 Prozent aller im Gastgewerbe und in der Beherbergung Erwerbstätigen sind armutsgefährdet.



Quelle:
BFS: Erhebung über die Einkommen und die Lebensbedingungen SILC, inkl. fiktive Miete.

Schweiz mit überdurchschnittlicher Armutsgefährdungsquote

Anteil der armutsgefährdeten Personen mit einer Vollzeitbeschäftigung in Prozent aller Vollzeit beschäftigten Erwerbstätigen, 2010.[1]



Quelle:
SILC, Eurostat: Statistik über Einkommen, soziale Eingliederung und Lebensbedingungen

[1] Die von Eurostat ausgewiesene Quote ist leicht höher als beim BFS, da das BFS im Gegensatz zu Eurostat bei selbstgenutztem Wohneigentum einen fiktiven Mietwert zum Einkommen hinzurechnet.

Armutsgefährdet trotz Erwerbsarbeit

240‘000 Personen sind in der Schweiz trotz Erwerbsarbeit armutsgefährdet. Im europäischen Vergleich hat die Schweiz damit eine überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote.

Die Armutsgefährdungsquote der erwerbstätigen Bevölkerung lag in der Schweiz 2010 gemäss BFS bei 7,0 Prozent.

240‘000 Erwerbstätige armutsgefährdet

Damit verfügten insgesamt 240‘000 Erwerbstätige über ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze von 60 Prozent des verfügbaren mittleren Einkommens (Äquivalenzeinkommen). Für eine Einzelperson bedeutet dies, dass sie mit weniger als 2‘350 Franken pro Monat auskommen muss. Für zwei Erwachsene mit zwei Kindern liegt die Schwelle bei 5‘000 Franken.

Alleinerziehende besonders gefährdet

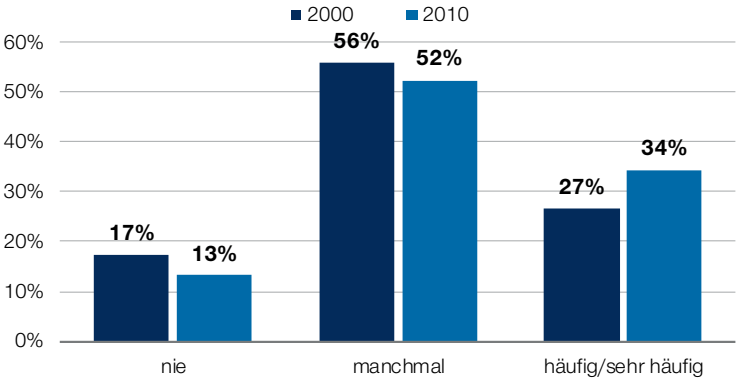
Einem besonders hohen Armutsrisiko sind alleinerziehende Erwerbstätige ausgesetzt. Ihre Armutsgefährdungsquote liegt bei über 25 Prozent. Doch auch eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern hat eine höhere Armutsgefährdungsquote als eine Einzelperson. Das Bildungsniveau hat ebenfalls einen starken Einfluss: Erwerbstätige mit einem obligatorischen Schulabschluss sind fünf Mal so häufig von Armut betroffen wie Personen mit einem Hochschulabschluss. Frauen sind zudem häufiger armutsgefährdet als Männer. Zwar sinkt das Armutsrisiko wenn jemand mehr arbeitet, doch selbst die Armutsgefährdungsquote Vollzeitbeschäftigter liegt immer noch bei 5.5 Prozent. Auch eine Vollzeitstelle schützt nicht vor Armut. Im Baugewerbe, dem Gastgewerbe sowie im Bereich der Dienstleistungen in privaten Haushalten sind die Armutsgefährdungsquoten besonders hoch – in allen drei Branchen liegen sie deutlich über 10 Prozent.

CH: Hohe Armutsgefährdungsquote

Trotz des hohen Wohlstandsniveaus sind Erwerbstätige hierzulande überdurchschnittlich häufig von relativer Armut betroffen. Mehr als die Hälfte der europäischen Staaten ist eher in der Lage, ihren Erwerbstätigen einen gemäss den jeweiligen sozio-kulturellen Bedingungen ausreichenden Lebensstandard zu gewährleisten als die Schweiz. Sogar deutlich ärmere Staaten wie Kroatien oder die Slowakei haben eine geringere Armutsgefährdungsquote als die Schweiz. Dass hoher Wohlstand auch mit einer ausgeglicheneren Einkommensverteilung einhergehen kann, zeigen Norwegen, Finnland oder Österreich.

Stressbelastung der Erwerbstätigen hat zugenommen

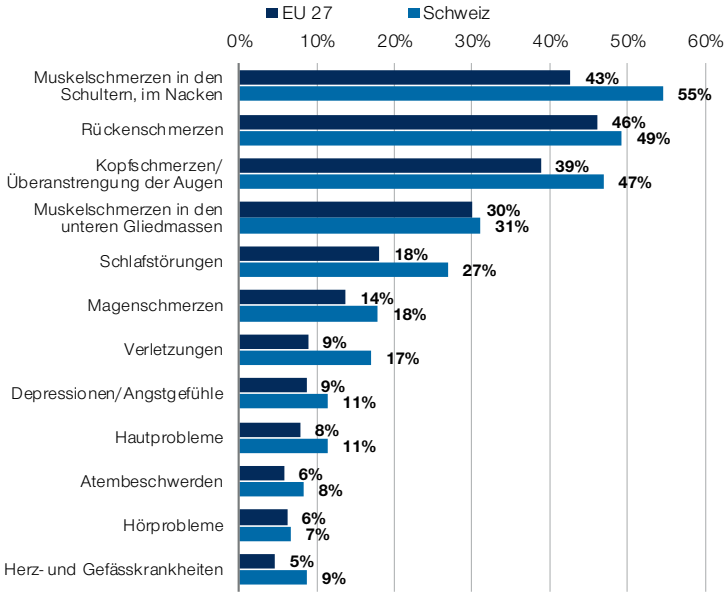
Anteil Erwerbstätiger, die nie/manchmal/häufig/sehr häufig Stress empfinden 2000 und 2010.



Quelle:
Grebner et al. (2010): Stressstudie 2010. Stress bei Schweizer Erwerbstätigen: 24.

Überdurchschnittlich viele Gesundheitsprobleme von Erwerbstätigen in der Schweiz

Anteil Erwerbstätiger mit spezifischen Gesundheitsproblemen in der Schweiz und der EU, 2010.



Aus: Krieger et al. 2012: 5. Europäische Erhebung über die Arbeitsbedingungen 2010: 50.

Stress und Gesundheitsprobleme nehmen zu

Die Arbeitsintensität und der Druck auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben in den letzten Jahren zugenommen. Die Folgen sind mehr Stress und überdurchschnittlich häufige Gesundheitsprobleme.

Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt – nicht zuletzt wegen gut ausgebildeten und motivierten Arbeitskräften. Die Arbeitskräfte sind die wichtigste Ressource der Schweizer Volkswirtschaft. Untersuchungen über die Zunahme der Stressbelastung am Arbeitsplatz sowie die gesundheitlichen Probleme der Erwerbstätigen bereiten deshalb Anlass zur Sorge.

34 Prozent sind gestresst

Gemäss Stressstudie 2010, herausgegeben vom Staatssekretariat für Wirtschaft, fühlen sich 34 Prozent der Schweizer Erwerbstätigen chronisch gestresst. Das sind 7 Prozentpunkte mehr als vor 10 Jahren. Unmittelbare Stressverursacher sind Arbeitsunterbrechungen, Zeit- und Termindruck, Umstrukturierungen und Neuorganisationen sowie lange Arbeitszeiten, die oft in die Freizeit ausgreifen: 17 Prozent der abhängig Beschäftigten arbeiten regelmässig bis täglich in der Freizeit, um die beruflichen Anforderungen zu erfüllen (Stressstudie 2010: 114-115). Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass knapp 17 Prozent der Beschäftigten zu flexiblen Arbeitszeiten ohne Zeiterfassung arbeiten (Seco 2012: 11).

Vielfältige Ursachen

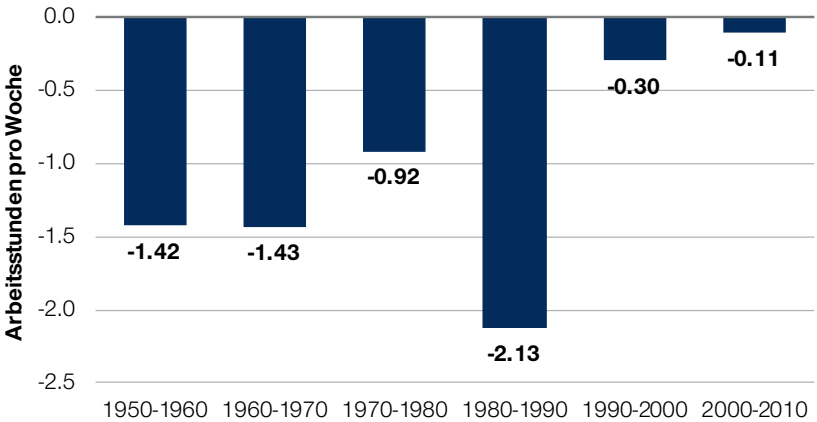
Die tieferen Ursachen der zunehmenden Stressbelastung liegen u.a. im gestiegenen Renditedruck bei den Unternehmen, einer geringeren Arbeitsplatzsicherheit aufgrund der höheren Arbeitslosigkeit, einer stärkeren Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse (Temporärarbeit) und der Arbeitszeiten. Dazu kommt der Spardruck in den öffentlichen Verwaltungen, der zu einem Personalabbau bei gleich bleibendem Leistungsumfang geführt hat.

Häufige Gesundheitsprobleme

Eine hohe Stressbelastung bei der Arbeit führt zu Gesundheitsschäden. Es wundert daher kaum, dass die Schweizer Erwerbstätigen im europäischen Vergleich besonders häufig unter Gesundheitsproblemen leiden: In der fünften europäischen Erhebung über die Arbeitsbedingungen wird gefragt, ob man innerhalb der vergangenen 12 Monate unter einem oder mehreren von 12 aufgelisteten Gesundheitsproblemen gelitten hat. Bei allen 12 Kategorien liegt die Betroffenheit der Schweizer Erwerbstätigen über dem europäischen Durchschnitt. Die Schweizer Politik täte gut daran, der wichtigsten Ressource unserer Volkswirtschaft besser Sorge zu tragen.

Kaum Arbeitszeitreduktion in den vergangenen 20 Jahren

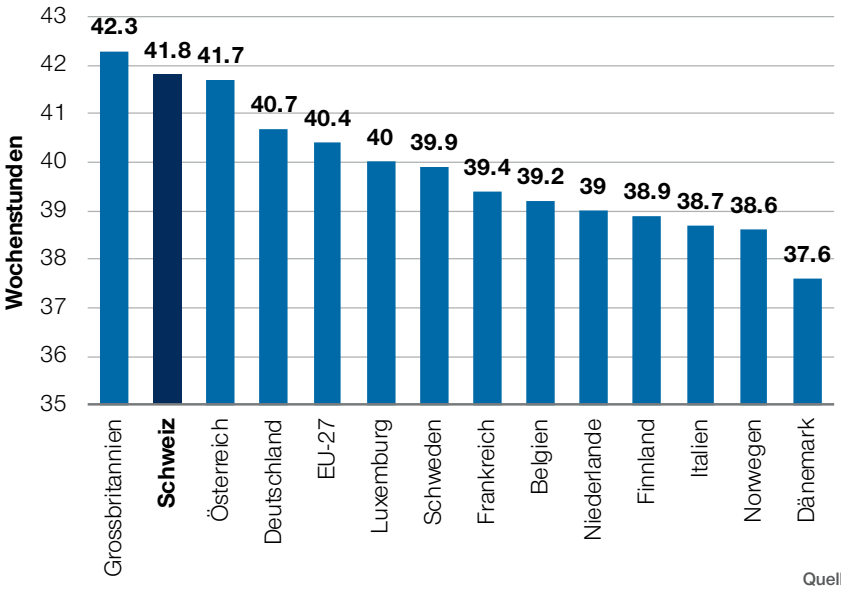
Veränderung der Normalarbeitszeit von Vollzeiterwerbstätigen in der Industrie für jedes Jahrzehnt seit 1950.



Quelle: BFS

Nur Grossbritannien hat höhere Wochenarbeitszeiten

Durchschnittliche normalerweise geleistete Wochenarbeitsstunden von Arbeitnehmenden in ausgewählten europäischen Ländern für eine Vollzeitstelle in Haupttätigkeit (2012; 4. Quartal)



Quelle: Eurostat

Kaum eine Reduktion der Wochenarbeitszeit

Während früher Produktivitätsfortschritte auch in Form von Arbeitszeitverkürzungen an die Beschäftigten weitergegeben wurden, stagniert die betriebsübliche Arbeitszeit in der Schweiz seit 20 Jahren auf hohem Niveau.

Die Schweiz wird immer reicher. Doch viel Zeit, den Wohlstand zu geniessen, bekommen die Beschäftigten nicht. In kaum einem anderen europäischen Land müssen die Arbeitnehmenden für eine Vollzeitstelle pro Woche so viel arbeiten wie in der Schweiz.

43 Stunden arbeiten pro Woche

41.6 Stunden pro Woche betrug die betriebsübliche Arbeitszeit in der Schweiz im Jahr 2011. Hinzu kamen durchschnittlich 1.2 Überstunden pro Woche (Arbeitsvolumenstatistik BFS). Doch selbst diese vergleichsweise hohen Zahlen der offiziellen Arbeitszeitstatistiken unterschätzen die tatsächliche Arbeitszeit der Schweizer Arbeitnehmenden, da viele Beschäftigte auch neben der deklarierten Arbeitszeit für ihren Arbeitgeber tätig sind. So zeigt eine Studie im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft, dass 17 Prozent der abhängig Beschäftigten neben ihrer regulären Arbeitszeit regelmässig bis täglich in der Freizeit arbeiten (Vgl. Grebner et al. 2010: 114-115).

Seit 1990 stagnierende Arbeitszeit

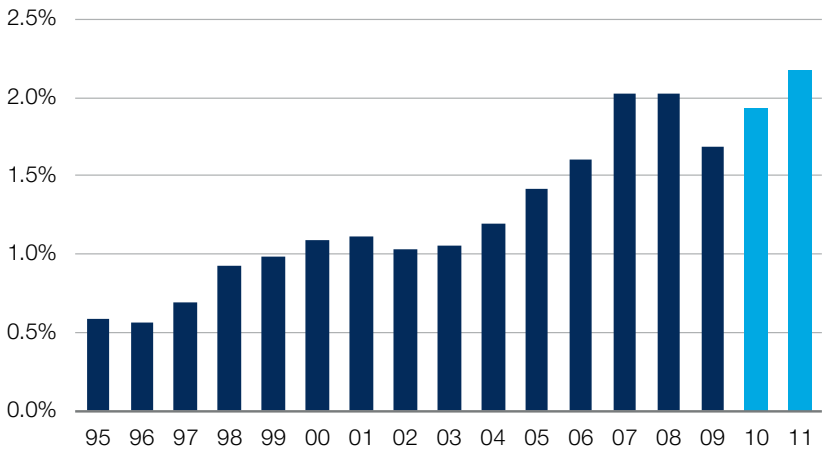
In den ersten vier Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich die betriebsübliche Wochenarbeitszeit in der Schweiz stetig verringert. Die Arbeitnehmenden haben sich dies mit deutlichen Produktivitätssteigerungen verdient. Auch in den vergangenen 20 Jahren ist die Arbeitsproduktivität gestiegen. Doch im Gegensatz zu früher wurden die Produktivitätsfortschritte nicht mehr durch Arbeitszeitverkürzungen an die Beschäftigten weitergegeben. Stattdessen arbeiten diese immer häufiger Teilzeit: 1991 wurden 13.6 Prozent der Arbeitsstunden in Teilzeitarbeit verrichtet, 2011 waren es bereits 20 Prozent (Arbeitsvolumenstatistik BFS). 6.3 Prozent der Teilzeit Erwerbstätigen tun dies unfreiwillig (2010; OECD). Die Schweizer Beschäftigten reduzieren die Arbeitszeit somit auf eigene Faust, müssen dafür aber auf Lohn verzichten.

Schweizer «krampfen» besonders viel

In den gesamten 27 EU-Staaten liegt die betriebsübliche Wochenarbeitszeit lediglich in Grossbritannien über derjenigen der Schweiz. Damit arbeiten die Schweizer fast eineinhalb Stunden länger als der EU-Durchschnitt. In Dänemark enden die Arbeitswochen sogar vier Stunden früher als in der Schweiz. Dänemark, Norwegen und die Niederlande zeigen, dass man sich auch mit einem ähnlich hohen Pro-Kopf Einkommen wie in der Schweiz deutlich kürzere Arbeitszeiten leisten kann.

Immer mehr Temporärarbeit

Anteil Temporärarbeit am gesamten Arbeitsvolumen.



Quelle:
SECO, BFS, 2010 und 2011 Schätzung SGB

Entwicklung der atypischen Beschäftigung

Entwicklung weiterer atypischer Beschäftigungsformen von 1991 bis 2010 (wenn nicht anders vermerkt als Anteil an allen Beschäftigten).

	1991	2001	2010	Trend
Anteil Teilzeiterwerbstätige	25.4%	30.7%	34.1%	↗
Anteil unfreiwilliger Teilzeitarbeiter (in % an allen Teilzeitarbeitnehmern)	0.9%	3.1%	6.3%	↑
Anteil Personen, die in Schichtarbeit tätig sind	-	11.7%	15.7%	↗
Anteil Personen, die in der Nacht arbeiten	12.9%	13.2%	13.4%	→
Anteil Personen, die Sonntags arbeiten müssen	-	20.4%	20.1%	→
Anteil Personen mit Arbeit auf Abruf	-	5.2%	5.4%	→

Quelle: Unfreiwillige Teilzeitarbeit gemäss OECD; andere Daten gemäss Schweizerischer Arbeitskräfteerhebung.

Atypische Beschäftigung auf dem Vormarsch

Seit den 90er Jahren haben Arbeitsformen, die nicht dem Normalarbeitsverhältnis entsprechen, zugenommen. Diese Jobs sind oft prekär und mit einer schwächeren sozialen Absicherung und schlechteren Arbeitsbedingungen verbunden.

Die Zunahme von atypischen Beschäftigungsverhältnissen gehört zu den besorgniserregendsten Entwicklungen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt der letzten 20 Jahre. Unter diesen Beschäftigungsverhältnissen versteht man Arbeitsformen, die vom Normalarbeitsverhältnis – einer unbefristeten Vollzeitanstellung – abweichen. Hierzu zählen Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung, Temporärarbeit, Wochenend-, Nacht- und Schichtarbeit sowie die Arbeit auf Abruf.

Volk gegen schlechtere Arbeitszeiten

In der Schweiz haben nicht alle Formen atypischer Beschäftigung zugenommen. So blieb der Anteil der Arbeitnehmer, die Arbeit auf Abruf, Sonntagsarbeit oder Nachtarbeit leisten müssen, seit 2001 konstant – nicht zuletzt, weil sich Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände sowiesowie das Stimmvolk politischen Bestrebungen zur Verschlechterung und Flexibilisierung der Arbeitszeiten bisher weitgehend erfolgreich entgegenstellten.

Schichtarbeit macht krank

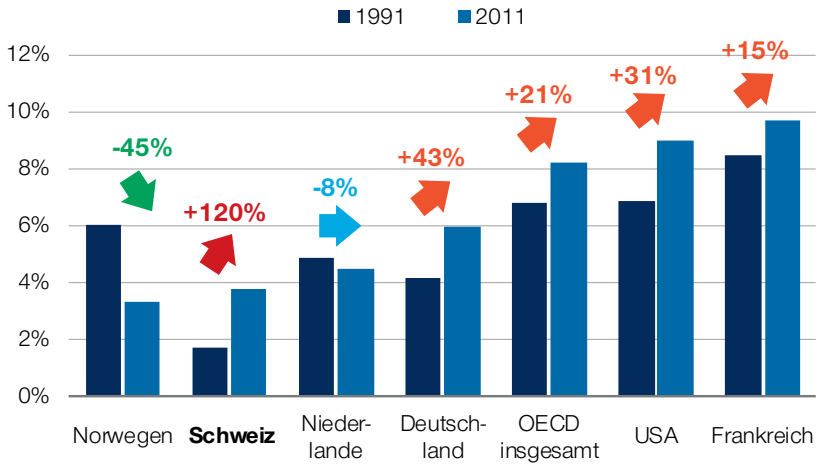
Zugenommen haben dagegen Teilzeitarbeit und Schichtarbeit. Insbesondere die Zunahme der Schichtarbeit ist besorgniserregend. Untersuchungen zeigen, dass Arbeitnehmer in Schichtarbeit einer höheren Gesundheitsbelastung ausgesetzt sind (Vgl. Kantermann et al. 2010; Vyas et al. 2012). Teilzeitarbeit ist dagegen nicht per se mit schlechteren Arbeitsbedingungen verbunden, da der Entscheid, Teilzeit zu arbeiten, auch einem Bedürfnis der ArbeitnehmerInnen entsprechen kann. Bedenklich ist jedoch, dass der Anteil Teilzeitarbeitnehmenden, die unfreiwillig Teilzeit arbeiten, ebenfalls zugenommen hat.

Mehr Temporärarbeit problematisch

Stark zugenommen hat auch die Temporärarbeit. Die Temporärbranche ist arbeitsmarktpolitisch eine Problembranche. Denn Temporärjobs sind bei einem grossen Teil der Arbeitnehmenden unbeliebt, weil sie unsicher sind. Knapp 60 Prozent der Temporärbeschäftigten arbeiten lediglich temporär, weil sie keine Festanstellung gefunden haben (Vgl. Swissstaffing 2011: 14). Zudem zeigen Kontrollen, dass viele Temporärbüros gegen Mindestlöhne und Bestimmungen zum Schutz der Arbeitnehmenden verstossen (SECO 2011: 31). Die gesetzliche Festschreibung gleicher Entlöhnung von Temporärbeschäftigten und den übrigen Angestellten eines Unternehmens («Equal Pay») wäre eine wichtige Verbesserung.

Arbeitslosenquote in der Schweiz stark gestiegen

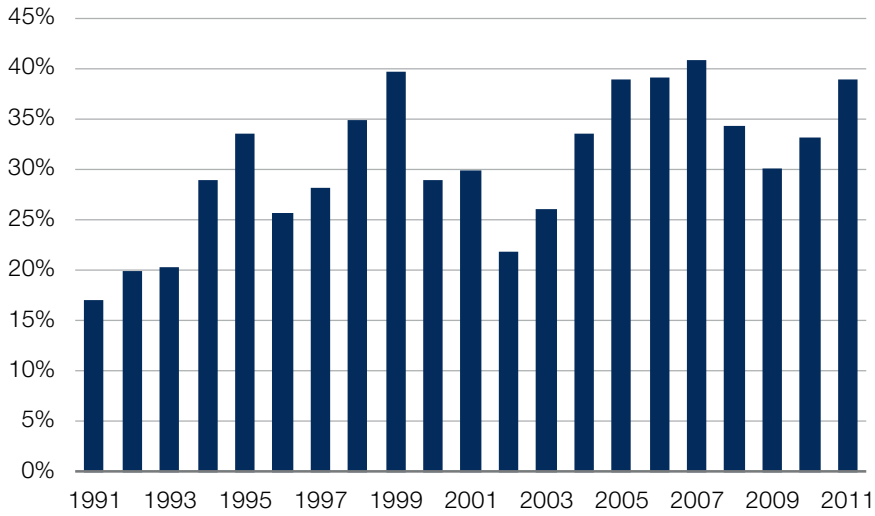
Arbeitslosenquoten ausgewählter Staaten 1991 und 2011 sowie deren Veränderung in Prozent.



Quelle: OECD

Anteil Langzeitarbeitsloser deutlich gestiegen

Anteil Langzeitarbeitsloser (mehr als 12 Monate arbeitslos) an allen Arbeitslosen in der Schweiz



Quelle: OECD

Arbeitslosigkeit: Auch in der Schweiz ein Problem

Seit den 80er Jahren ist die Arbeitslosigkeit in der Schweiz stark gestiegen. Damals lag die Arbeitslosenquote unter 1 Prozent. Heute ist Arbeitslosigkeit für über 3 Prozent der Erwerbsbevölkerung traurige Realität.

Bis Ende der 80er Jahre waren in der Schweiz Arbeitslosenquoten von unter 1 Prozent die Regel. Die Firmen suchten Arbeitskräfte. Für die Erwerbstätigen war es viel einfacher als heute, eine Stelle zu finden.

Arbeitslosigkeit kein Randphänomen

Seither hat sich die Situation stark verändert. Die absolute Anzahl Arbeitsloser hat sich von 1991 bis 2011 fast verdreifacht, die Arbeitslosenquote mehr als verdoppelt. Zwar hat die Schweiz im internationalen Vergleich immer noch eine niedrigere Arbeitslosenquote. Doch bei knapp 200‘000 Betroffenen ist die Erwerbslosigkeit auch in der Schweiz kein Randphänomen mehr. Besonders häufig betroffen sind Ausländer, jüngere Erwerbstätige zwischen 15 und 24 Jahren sowie Personen, die lediglich eine Ausbildung auf der Sekundarstufe I vorweisen können. Knapp ein Viertel der Arbeitslosen hat Kinder unter 15 Jahren.

Hoher Anteil Langzeitarbeitsloser

Problematisch ist vor allem, dass es in der Schweiz relativ viele Langzeitarbeitslose gibt – d.h. Personen, die über 12 Monate arbeitslos sind. Von 1991 bis 2011 ist der Anteil Langzeitarbeitsloser an allen Arbeitslosen von 17 auf 39 Prozent angestiegen. Zum Vergleich: Die OECD-Länder weisen im Durchschnitt einen Anteil von 34 Prozent Langzeitarbeitslosen auf, in Norwegen sind es gar nur 12 und in Schweden 17 Prozent.

Sanktionen bringen nichts

Dies obwohl die Anspruchskriterien für Arbeitslosengelder in der Schweiz vergleichsweise strikt und das Ausmass der Kontrolle und des Drucks auf die Arbeitslosen hoch sind (Vgl. Venn 2012: 21). Auch die maximale Dauer der Arbeitslosenunterstützung ist im internationalen Vergleich eher gering, wenngleich die Höhe des Arbeitslosengeldes grosszügig bemessen ist (Vgl. OECD-Statistiken: Benefits and Wages: Policies). Dies zeigt, dass Druck, Zwang und Sanktionen keine ausreichenden Instrumente zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit sind.

Literaturverzeichnis

1. Löhne

BASS (2010): Analyse der Löhne von Frauen und Männern anhand der Lohnstrukturerhebung 2008, Bern, 30. September 2010.

Bundesamt für Statistik (2012): 'BFS aktuell': Schweizerische Lohnstrukturerhebung 2010: Tieflöhne in der Schweiz.

Gallusser David, Samira Marty und Florian Vock (2013): „Macht, Nachahmung und Boni – weshalb die Managerlöhne explodierten". In Denknetz/JUSO (Hrsg.): Gerechtigkeit und Demokratie auf dem Prüfstand Lohnverteilung und 1:12-Initiative. Zürich: edition 8: 38-51.

SGB (2011): Mindestlöhne. Situation und Handlungsbedarf. Bericht der SGB-Expertengruppe Mindestlohn. Bern: Editions à la Carte.

SGB (2012): Verteilungsbericht 2012. www.verteilungsbericht.ch

2. Gründe für die Lohnungleichheit

Fournier, Jean-Marc und Isabell Koske (2012): Less Income Inequality and More Growth – Are they Compatible?: Part 7. The Drivers of Labour Earnings Inequality – An Analysis Based on Conditional and Unconditional Quantile Regressions, OECD Economics Department Working Papers, No. 930, OECD Publishing.

Gomez, Rafael und Konstantinos Tzioumis (2011): What do unions do to executive compensation, Centre for Economic Performance Discussion Paper No. 720.

Lemieux, Thomas, W. Bentley MacLeod und Daniel Parent (2009): Performance Pay and Wage Inequality. The Quarterly Journal of Economics 124 (1): 1-49.
OECD (2011): Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising. Paris: OECD Publishing.

OECD (2013): OECD-Datenbank. Online im Internet: http://stats.oecd.org/

Rieger, Andreas (2009): Entwicklung und Bedeutung der GAV in der Schweiz. In: SGB (Hrsg.): Handbuch zum kollektiven Arbeitsrecht, 100-121.

SGB (2011): Mindestlöhne. Situation und Handlungsbedarf. Bericht der SGB-Expertengruppe Mindestlohn, Bern: Editions à la Carte.

Visser, Jelle (2011): ICTWSS-Database: http://www.uva-aias.net/207.

3. Einkommen und Chancengleichheit

Alvaredo, Facundo, Tony Atkinson, Thomas Piketty und Emmanuel Saez (2013): The World Top Income Database. http://topincomes.g-mond.parisschoolofeconomics.eu/

Bauer, Philipp und Regina T. Riphahn (2007): Heterogeneity in the intergenerational transmission of educational attainment: evidence from Switzerland on natives and second-generation immigrants. In: Journal of Population Economics 20.1: 121-148.

Birchler, Ulrich, Rudolf Volkart, Daniel Ettlin und Réné Hegglin (2011): Aktienbesitz in der Schweiz 2010. Institut für Banking und Finance. Universität Zürich.

Corak, Miles (2011): Inequality from Generation to Generation: The United States in Comparison. The Economics of Inequality, Poverty, and Discrimination in the 21st Century.

Credit Suisse (2011): Global Wealth Report 2011. Zürich.

Föllmi, Reto und Isabel Martinez (2012): Volatile Top Income Shares in Switzerland? Re-assessing the Evolution Between 1981 and 2008, Economics Working Paper Series 1227, University of St. Gallen, School of Economics and Political Science.

Orsetta, Causa und Åsa Johansson (2010): Intergenerational Social Mobility in OECD Countries. OECD Economic Studies.

SGB (2012): Verteilungsbericht 2012. www.verteilungsbericht.ch

4. Steuern und Abgaben

Bundesamt für Gesundheit (2012): Zeitreihen Krankenversicherung. http://www.bag.admin.ch/pyramiden/index.html?lang=de

Kägi, Wolfram, Miriam Frey, Corinne Säuberli, Manuel Feer, Manuel und Patrick Koch (2012): Monitoring 2012. Wirksamkeit der Prämienverbilligung. In: Bundesamt für Gesundheit (Hrsg): Experten-/Forschungsberichte zur Kranken- und Unfallversicherung.

Piketty, Thomas, Emmanuel Saez und Stefanie Stantcheva (2012): Optimal Taxation of Top Labor Incomes: A Tale of Three Elasticities. National Bureau of Economic Research Working Paper 17616.

SGB (2012): Verteilungsbericht 2012. www.verteilungsbericht.ch

5. Der finanzielle Spielraum der Haushalte

BFS (2012): Armut in der Schweiz: Konzepte, Resultate und Methoden. Ergebnisse auf der Basis SILC 2008 bis 2010. Neuchâtel.

BFS (2013): Haushaltsbudgeterhebung.

OECD (2011): Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising. Paris: OECD Publishing.

SKOS (2012): Armut und Armutsgrenze. Grundlagenpapier der SKOS, Juni 2012.

6. Arbeitsbedingungen

Grebner, Simone, Ilana Berlowitz, Vanessa Alvarado und Manuel Cassina (2010): Stressstudie 2010. Stress bei Schweizer Erwerbstätigen. Zusammenhänge zwischen Arbeitsbedingungen, Personenmerkmalen, Befinden und Gesundheit. Herausgegeben vom Staatssekretariat für Wirtschaft, Bern.

Kantermann, Thomas, Myriam Juda, Céline Vetter und Till Roenneberg (2010): Shift-work research: Where do we stand, where should we go? In: Sleep and Biological Rhythms (8): 95–105.

Krieger, Ralph, Ulrich Pekruhl, Mara Lehmann und Maggie Graf (2012): 5. Europäische Erhebung über die Arbeitsbedingungen 2010. Ausgewählte Ergebnisse aus Schweizer Perspektive. Herausgegeben vom Staatssekretariat für Wirtschaft, Bern.

SECO (2011): FlaM-Bericht vom 03. Mai 2011. Umsetzung der flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr Schweiz – Europäische Union 1. Januar – 31. Dezember 2010.

SECO (2012): Flexible Arbeitszeiten in der Schweiz. Auswertung einer repräsentativen Befragung der Schweizer Erwerbsbevölkerung. Bern, Februar 2012.

SGB (2012): Der «liberale» Arbeitsmarkt der Schweiz – Entzauberung eines Mythos; Dossier Nr. 92.

Swissstaffing (2011): Die Temporärarbeit in der Schweiz. Aktuallisierungsstudie. Dübendorf.

Venn, Danielle (2012): Eligibility Criteria for Unemployment Benefits: Quantitative Indicators for OECD and EU Countries, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 131, OECD Publishing.

Vyas, Manav V, Amit X Garg, Arthur V Iansavichus, John Costella, Allan Donner, Lars E Laugsand, Imre Janszky, Marko Mrkobrada, Grace Parraga und Daniel G Hackam (2012): Shift work and vascular events: systematic review and meta-analysis, in: BMJ, 345.